

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Dienstag, den 29. Oktober 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Kanzler der Junker und Agrarier.

Reichskanzler Bethmann-Hollweg hat bei der Fleischnotdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus seine Sache sehr gut gemacht! Dieses Lob spenden dem Kanzler die Blätter von Wassertränke bis Hennebrand. Wer hätte von Bethmann-Hollweg auch etwas anderes erwartet? Er, wie auch der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer und der Polizeiminister v. Dallwitz, zeigten sich wiederum als die Agitatoren der Agrarier. Am deutlichsten kam das zum Ausdruck, als der Landwirtschaftsminister erklärte, die Abfertigung des Fortschrittlers Hoff dem nachfolgenden Redner, dem Bundesdirektor Hahn, überlassen zu wollen. Und daß unseren Genossen durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde, ist nur die bekante Manier des preussischen Zuckerpapierkants.

Das offizielle Organ der nationalliberalen Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, versichert: „Der Kanzler sprach überaus glücklich, er fand die noch im vorigen Jahre vermißte „Wärme des Tons“ für die Notlage, in der die hohen Fleischpreise weite Kreise des Volkes gebracht haben, er konnte auch bereits auf gewisse Erfolge der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen hinweisen, andererseits sprach er sich so entschieden wie irgend möglich gegen jedes Verlassen der bewährten Bahnen des Zoll- und Seuchenschutzes der Landwirtschaft aus, sobald er seinen Gegnern rechts und links von vorher herein manche Waffe entwand, mit der er angegriffen werden sollte.“

Die „Konservative Korrespondenz“ zeigt sich noch erfreuter, sie schreibt: „Die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom Freitag, die in Verfolg der entsprechenden Interpellationen die Steuerungsfrage zum Gegenstand hatten, müssen als ein unbestreitbarer großer Erfolg des Gedankens des Schutzes der nationalen Arbeit, oder was dasselbe besagt, als eine eklatante Niederlage des doppelzüngigen Freisinn angesehen werden. . . Auch der demagogischen Forderung des freisinnigen Redners nach Beseitigung der Zollerlöse lehnte der Ministerpräsident ein mit erfreulicher Entschiedenheit zum Ausdruck gebrachtes Nein entgegen, wie denn überhaupt die Erklärungen des Herrn von Bethmann wohl in allen Einzelheiten den ernsten Politiker, den wahren Volksmann mit aufrichtiger Freude und Genugtuung erfüllen mußten. Unter dem lebhaften Beifall der weit überwiegenden Mehrheit des Hauses stellte er gleichsam an die Spitze seiner Auslassungen den Satz, daß mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber die Unabhängigkeit seiner politischen Weltstellung im allerengsten Zusammenhange stehe. . . Alles in allem: die Freunde der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit können mit dem Ergebnis der Freitagverhandlungen wohl zufrieden sein. Denn auf der einen Seite hat der verantwortliche Leiter der Staatsgeschäfte mit dankenswerter Entschiedenheit alle Maßnahmen abgelehnt, die geeignet sind, die Grundlage der deutschen Volkskraft, die deutsche Landwirtschaft zu schwächen, und auf der anderen Seite ist dem doppelzüngigen Freisinn die Maske herabgerissen worden, hat er eine empfindliche Niederlage erlitten.“

In das gleiche Horn bläst die „Kreuzzeitung“, das preussische Junkerorgan, das frech erklärt, die Preissteigerungen seien bis ins Unerträgliche verschärft worden durch das hekerische Steuerungsgeheiß in der Presse.

Das Organ der Bündler, die „Deutsche Tageszeitung“, konstatiert mit Genugtuung, daß „die übertriebene Agitation keine tatsächlichen Unterlagen hat, und daß keine der großen bürgerlichen Parteien sich mit ihr identifizieren will“ und hofft, daß auch die nationalliberale Reichstagsfraktion sich gegen Einführung von Gefrierfleisch wenden und „in dieser Lebensfrage für die deutsche Viehzucht nicht versagen werde“. Dann nimmt das Bündlerblatt die Gelegenheit wahr, um die großen Städte an ihre Pflicht zu erinnern, den Fleischmarkt besser zu organisieren, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauernd. Was das heißt, ist leicht zu erraten. Die Städte sollen die Vieh- und Fleischabnehmer werden, damit die Agrarier auch noch einen Teil des Zwischenhändlerprofits einfassen können. Denn man weiß ja, daß die nimmermatten Agrarier das Volk schröpfen, wo ihnen das möglich ist.

Der Lobeshymne auf die rechtsstehenden Parteien des Dreiklassenparlaments folgt ein Fußtritt für die Regierung. Das Blatt ist noch immer im Zorn über die nach Uebereinstimmung aller Kommunalpolitiker völlig unzureichenden Regierungsmaßnahmen. „Es müsse nun unbedingt verlangt werden, daß die mit diesen Maßnahmen verbundenen Gefahren wenigstens nach Möglichkeit begrenzt werden: überhaupt aber dürfen

die Regierungsmaßnahmen den geplanten vorübergehenden und Ausnahmecharakter unter keinen Umständen verlieren und deshalb unbedingt aufgehoben werden, sobald eine Erleichterung des Fleischmarktes eingetreten ist.“

Anerkennung finden bei den Bündlern die Maßnahmen, die Bethmann-Hollweg für die Zukunft angekündigt hat, die ja im Interesse der Agrarier liegen. Dertel erwartet aber, daß bei der Bildung der Kommission, die über die Entschädigung der Fleischpreise eine gründliche Untersuchung anstellen soll, die Vertreter der Landwirtschaft in genügendem Maße hinzugezogen werden.

Uebrigens wird jedenfalls zur Freude der Agrarier gemeldet, daß das Reichsamt des Innern in diesem Punkte außerordentlich schnell arbeitet. Es habe mit den in Frage kommenden preussischen Ressortministern Fühlung genommen. Man hofft im Anfang des nächsten Monats so weit zu sein, um das Programm festsetzen zu können. Mitte November dürfte die Kommission dann zusammentreten und ihre Arbeiten beginnen. Sie ist gedacht nach Art der Bankquett-Kommission, die vor mehreren Jahren zusammenberufen wurde, und in der mit den Interessenten die Materie kontraintuitiv verhandelt wurde. So soll auch diesmal verfahren werden, um alle die Momente festzustellen, welche die Preisbildung für Fleisch sowohl im Detail- wie im Engroshandel mitbestimmen.

Für die große Masse des Volkes wird dabei nicht viel herauspringen.

Welche Angebote die Agrarier den Städten machen, geht auch aus einer Veröffentlichung der „Bosnischen Zeitung“ hervor. Der Pommerische Viehverwertungs-Verband e. G. m. b. H. zu Stettin erbot sich, dem Magistrat der Stadt Berlin wöchentlich 1200 Schweine im Gewicht von 100 bis 120 Kilogramm lebend zum Preise von 66 Mk. per Kilogramm Lebendgewicht abzüglich 20 v. H. Tara frei Viehhoftorrampe Berlin zu liefern, für den Fall, daß der Magistrat bereit ist, hierüber einen auf die Dauer von fünf Jahren laufenden Vertrag abzuschließen. Die dem Angebot wurden die von der Direktion des städtischen Vieh- und Schlachthofes seit Jahren notierten Preise gegenübergestellt, und da stellte sich heraus, daß der Durchschnittspreis nur in einem einzigen Jahre höher gewesen als der von dem pommerischen Viehverwertungs-Verband geforderte Preis, auf den sich die Stadt Berlin für fünf Jahre binden soll. In allen übrigen Jahren ist der tatsächliche Marktpreis hinter dem geforderten Preis zurückgeblieben, zum Teil sehr beträchtlich, bis um 19,55 Mk. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß in dem obigen Angebot die Nebenkosten für Ausladen, Versicherung, Futter usw. nicht eingerechnet sind, weil sie der Viehverwertungs-Verband nicht tragen will. Das Beispiel dürfte genügen, um zu zeigen, was die Agrarier wollen.

Die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist mit dem Verlauf der Steuerungsdebatten ebenfalls zufrieden. „Es ist bemerkenswert, wie lebhaft sich der Wille zu eifriger Mitarbeit bei der Lösung dieser wichtigen Fragen auf allen Seiten des Hauses bekundete. Mit besonderer Wärme gab der Führer der konservativen Partei der Zustimmung zu den Absichten der Staatsregierung Ausdruck.“

Nicht zufrieden kann und darf das arbeitende Volk sein. Es sieht wieder, daß es weber von der Regierung noch von den bürgerlichen Parteien etwas Durchgreifendes zu erwarten hat.

Unaufhaltsamer Zusammenbruch.

Uesküb gefallen, Skutari in höchster Gefahr, Adrianopel schwer bedrängt! Mit eherner Notwendigkeit vollzieht sich das Schicksal der Türkei. Die Geschäfte der Balkankriege weiß von mancher unerwarteten Wendung im Verlauf der Feldzüge zu melden. Aber nach diesem jähen Zusammenbruch ist eine Wendung des Kriegsglücks wohl schwerlich zu erwarten. Der Herrschaft der Türkei auf europäischem Boden naht das Ende.

Der Zusammenbruch des Osmanenreiches ist ein weltgeschichtliches Ereignis ersten Ranges. Nicht in den engen Grenzen der Balkanhalbinsel allein wird sich die Umwälzung vollziehen. Weit über den Balkan hinaus reichen ihre Wirkungen. Die Welt des Islams trifft ein neuer schwerer Schlag. Ägypten, Syrien, Tunis, der Sudan, Persien, Marokko, Tripolis — ein Teil nach dem anderen der mohammedanischen Welt ist der kapitalistischen Weltmächte Beute geworden. Von den Kleinstaaten, die vor wenigen Jahren noch ihre Vasallen waren, ruhmlos besiegt, werden die Türken ihre Vorherrschaft in der Welt des Islams selbst von der Adria bis zum Persischen Meerbusen erschüttert sehen. Unter den Arabern, die nur widerwillig der türkischen Vorherrschaft sich beugten, unter Albanern, Druzen, Kurden

zeugt die Schmach der Niederlage wider den unwürdigen Nachfolger des Propheten. Zu ungeahnten staatlichen Neubildungen in der islamitischen Welt mag der Zusammenbruch am Balkan führen. Und in dem ganzen Gebiet vom Kaspiischen Meere bis zur Straße von Suez, vom Bosphorus bis zur Mündung des Euphrat und Tigris lauern die Großmächte auf Beute, die jetzt, da alles in Gärung und Bewegung gerät, ihnen werden kann!

Die ganze Gruppierung der Weltmächte wird erschüttert. Die Weltpolitik des Deutschen Reiches verliert Inhalt, Sinn, Ziel. Ihre Hoffnung war ja das Erstarken der Türkei, die Deutschlands Unterstützung mit wertvollen Zugeständnissen an seine Wirtschaftsinteressen bezahlte. Was bleibt davon übrig? Wer mag heute Wilhelms des Zweiten großen Worten am Grabe Saladins glauben, in denen dem Islam der Schutz der deutschen Waffen verheißen ward? Wer noch der Phantasterei alldieser Karren laufen, die schon die dem Deutschen Reich verbündeten Heereskörper der Türkei in Ägypten einbrechen sahen, die Weltstellung Englands zu erschüttern? Aber es geht Deutschlands Nebenbuhler wahrlich nicht besser. Wie kann das mit solcher Selbstaufopferung geschlossene Bündnis Englands mit Rußland bestehen, wenn die Erschütterung der Türkenherrschaft den Bosphorus und die Dardanellen den russischen Kriegsschiffen öffnet, die in das Schwarze Meer zu hundert Jahren lang Englands Sorge war? Das ganze Getriebe der europäischen Diplomatie ist gestört, das ganze System der Bündnisse erschüttert. Vor Karkisse und Adrianopel, vor Uesküb und Skutari ist mit der Türkei auch die Diplomatie der Weltmächte geschlagen.

Wer wollte heute noch von dem Statusquo, von der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen am Balkan reden? Was ist noch der Landsegen des Sandschaks angesichts der großen Umwälzungen, die die Welt bedrohen? Auch Oesterreich-Ungarn wird es sich überlegen, noch länger der Gendarm des Sultans zu sein. Der Türkei nach diesem Zusammenbruch ihren Besitzstand zu verbürgen wird nun kein Staat mehr versuchen! Mit den Phrasen, daß Serbien um kein Dorf größer werden dürfe, ist es vorbei. Die österreichische Diplomatie hat sich an einen Todesschritt, einen Sterbenden geklammert. Heute muß sie umkehren, ob sie nun will oder nicht. Denn einen Leichnam kann auch sie nicht zum Leben erwecken. „Der Balkan den Balkanvölkern!“ — so hat es die Sozialdemokratie, gegen alle Einmünnungsgelüste protestierend, schon vor dem Kriegsbeginn verkündet. „Der Balkan den Balkanvölkern“, so ist es jetzt, nach ihren schnellen Siegen, zwingendes Gebot.

Die Teilung der Kriegsbeute wird nicht leicht sein; denn viele gieren nach dem türkischen Erbe. Sache der Völker ist es, sich jedem Versuch der Staatsmänner, um irgend ein Stück des Erbes den Waffengang zu wagen, mit dem Aufgebot aller Kraft zu widersetzen. Die Herrschenden werden der Völker Stimme hören. Denn das ist für sie die warnende Lehre des Zusammenbruchs der Türkei: Mit Maschinengewehren und Kanonen allein sind Schlachten nicht zu gewinnen. Der Soldat, der, nur widerwillig, dem Zwange gehorchend, dem Heerband gefolgt ist, verläßt nicht die Deckung, um über freies Feld den laufenden Geschossen entgegenzutürmen! Ein Krieg, den nicht der Volkswille trägt, ist vor der ersten Schlacht verloren! Darum muß dieser Krieg den Herrschenden überall die härteste Mahnung zum Frieden sein.

Die Mißerfolge der Türken sind anscheinend darauf zurückzuführen, daß im türkischen Heer eine ungeheure Verwirrung und Kriegsmüdigkeit herrscht. Alle Berichte der vereinigten Balkanmächte besagen, daß die Türken sich fast regelmäßig schon nach den ersten Angriffen der Feinde fluchtartig zurückzogen. Bei Rumanowo z. B. hatten die türkischen Führer die Gewalt über ihre Truppen völlig verloren. Die Kriegslust wird nun auch nicht dadurch behoben, daß jetzt mit Gewaltmaßnahmen gegen die Angehörigen des türkischen Heeres vorgegangen wird. So sind der ägyptische Prinz, General Aziz Pascha, der bei dem Rückzug von Karkisse die Kavallerie kommandierte, sowie der Gouverneur von Karkisse und einige Offiziere unter der Beschuldigung nach Konstantinopel gebracht worden, die Flucht der Armee verschuldet zu haben. Auf Anordnung des Kriegsministers wurden zweihundert Soldaten aus demselben Grunde erschossen. Wenn die türkischen Nachhelfer so fortfahren, dann berauben sie sich auch noch des letzten Fünkchens Sympathie, das ihnen heute noch entgegengebracht wird. Diese Abschachtungen unschuldiger Soldaten — die ja auch im Kriege nur Objekt sind — sind einfach barbarisch.

Der Angriff auf Skutari dauert an; die Montenegroer haben hier eine weitere wichtige Stellung eingenommen.

Die vordringenden Serben sollen bereits Koprivica und Skopje eingenommen haben. Sie sind damit schon weit über die Hälfte in türkisches Gebiet eingedrungen.

Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet vom 28. Oktober, daß das kanzentrische Vorgehen der Bulgaren gegen die türkische Ostarmee trotz des ungünstigen Wetters ständig fortschreite. Der Rückzug der Türken nach Konstantinopel sei bereits abgeschnitten. Die Bahnlinie Konstantinopel—Lüle Burgas—Tschirkeskoje ist unterbrochen; die dortige Eisenbahnbrücke über den Tschirkesfluß ist in die Luft gesprengt worden. Die türkische Armee sei jetzt gezwungen, die Schlacht am Ergenefluß anzunehmen. Die Stärke der im Gebiet Baba Eski—Lüle Burgas, etwa 40 Kilometer südlich von Kirk-Kilisse, befindlichen türkischen Streitkräfte wird auf vier Armeekorps geschätzt. Ein Teil der türkischen Truppen von Adrianopel konnte noch den Rückzug längs der Mariza, nach Dimitica antreten. Der Rest der Besatzung ist bereits eingeschlossen.

Die Bulgaren haben Bunar-Hissar, wohin sich die Besatzung von Kirk-Kilisse zurückgezogen hatte, besetzt. Varnach scheint sich also die obige Meldung, daß der Rückzug der Türken nach Konstantinopel abgeschnitten ist, zu bestätigen.

Die Griechen haben die Umgegend von Kosani besetzt und marschieren weiter vor.

Der rumänische Ministerrat hat gestern den Beschluß gefaßt, nicht zu mobilisieren.

Wie die modernen Mordwerkzeuge wirken, dafür ein Beispiel:

Die „Bojische Zeitung“ erhielt von einem Augenzeugen einen Bericht über einen Zusammenstoß zwischen Serben und Albanesen. Dieser Bericht enthält eine Darstellung der geradezu entsetzlichen Wirksamkeit der modernen Mordwerkzeuge. Bis auf 100 Meter waren die Albanesen an die verpackt gehaltene serbische Artillerie herangekommen, und nun sagt der Augenzeuge:

„In den nächsten Augenblicken schon hatten unsere Karätschen die schrecklichsten Verheerungen unter ihnen angerichtet. Die Albanesen fielen haufenweise. Ihr Wut- und Schmerzgeschrei kam fast an Stärke dem Donner der Kanonen gleich. Durch die Luft flogen Hände, Füße, Köpfe und Fleischstücke der Albanesen. Und als das Artilleriefeuer eingestellt wurde, war das Schlachtfeld bedeckt nicht mit Leichen, sondern mit zerstückelten Gliedern, die das Aussehen einer mit karmoisinroter Farbe übergoßenen Masse hatten.“

Auch die kühnste Phantasia vermag sich das Bild nicht auszudenken, das sich ergeben müßte, wenn die Armeen der modernen Militärstaaten sich im Kampfe gegenüberstehen würden. Der moderne Krieg läuft auf eine injame Menschenschlächterelei hinaus.

Die Teuerung.

Ueber die Arbeiten der Kommission zur Untersuchung der Fleischpreise, die nach der im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgten Ankündigung des preussischen Ministerpräsidenten demnächst zusammengetreten wird, veröffentlicht die „Düsseldorfer Zeitung“ jetzt folgende Einzelheiten: Um die Ursachen der großen Preischwankungen, namentlich bei Schweinefleisch, festzustellen, soll die Kommission umfassende Erhebungen über die Höhe der landwirtschaftlichen Produktionskosten und über die Rentabilität der Viehzucht anstellen. Weiter soll die Kommission untersuchen, in welchem Verhältnis die verschiedenen Vieharten bzw. Fleischarten zur Fleischversorgung des deutschen Volkes stehen und welche Verschiedenheiten hier unter den einzelnen Landesteilen vorhanden sind. Ermittelt soll auch werden, in welchem Umfang beim Detailfleischverkauf dem reinen Fleische Knochen und Fettgewebe beigegeben werden und welche Höchstgrenzen für die Beigaben eventuell festzusetzen wären. Endlich ist eine ausgedehnte Zusammenstellung unserer Lebensmittelpreise überhaupt nach Landesstellen vorgesehen. — Alles das festzustellen, was hier angeführt ist, wird natürlich eine riesige Zeit in Anspruch nehmen. Um Mittel und Wege zu finden, der herrschenden Fleischnot abzuhelfen, braucht man solche Untersuchungen nicht. Die Sozialdemokraten haben wiederholt gezeigt, was geschehen müßte, eine Verringerung der Not zu erzielen. Da die Regierung den von unserer Partei gezeigten Weg nicht gehen will, bleibt eben keine andere Vermutung, als die: die Regierung will das Volk hinhalten.

In Herford beschloßen die Vertreter einer Anzahl kleiner westfälischer und lipplischer Städte, gemeinsam holländisches Schlachtwiech aufzukaufen, obgleich der Preis auf den Großhandelsplätzen infolge der harten Nachfrage erheblich in die Höhe gegangen ist.

Der Magistrat von Detmold hatte versucht, größere Posten Gemüße bei den Landwirten aufzukaufen, um es zu billigem Preise abgeben zu können. Die öffentliche Aufforderung zur Einreichung von Angeboten hat aber fast gar keinen Erfolg gehabt; die Landwirte halten ihre Waren für den freihändigen Verkauf zurück.

Die Stadtverwaltung von Neuf (Niederrhein) verkauft jetzt wöchentlich 30 bis 40 Zentner Seefische. Anfanglich wurden in den Volksschulen Fischkochbücher verteilt. Der städtische Fischverkauf hat zur Folge gehabt, daß auch die Privatfischhändler zu wesentlich herabgesetzten Preisen verkaufen und ebenfalls guten Absatz finden.

In Fürtz hat die Stadtverwaltung dänisches Fleisch durch eigene Angehörige anspunden lassen, da die Metzger sich weigerten, ausländisches Fleisch zu verkaufen. Da der Zutritt aus der Bevölkerung sehr groß war, machte ein Metzger im Verein mit einem Viehhändler der Stadt das Angebot, zu den gleichen billigen Preisen, zu denen die Stadt dänisches Fleisch verkauft, das Fleisch inländischer ausgemästeter Tiere in guter Qualität verkaufen zu wollen. Auf dieses Angebot ging die Stadt ein. Sie stellte den eigenen Fleischvertrieb ein und überließ dem Metzger das städtische Lokal mit der Einrichtung, in dem der Metzger nun das Fleisch um 15 bis 20 Pfg. das Pfund billiger verkauft, als der übliche Preis in letzter Zeit war.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Nachwahl im 1. Berliner Wahlkreis

teilt das „Freie Volk“ offiziell mit, daß der Zentralvorstand der Demokratischen Vereinigung in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten im Wahlkreis Berlin I abzusehen, da sich seit den letzten Wahlen eine Änderung in den Parteiverhältnissen nicht vollzogen habe. — Wie die Demokraten stimmen werden, oder ob sie sich der Stimme enthalten sollen, darüber sagt das demokratische Blatt noch nichts.

Das Schlepplimonopol vor dem preussischen Landtage.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Dienstag den Gesetzentwurf betr. Einführung des Schlepplimonopols auf dem Main-Weiser-Kanal und dem Lippe-Kanal an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Es handelt sich um die Erfüllung der Verpflichtung, die der Regierung von der Landtagsmehrheit bei der Verabschiedung der Kanalvorlage im Jahre 1905 auferlegt wurde. Für die Sozialdemokraten erklärte sich Feinert grundsätzlich als Anhänger des Monopols, er ließ allerdings darüber keinen Zweifel, daß er zu der heutigen Regierung nicht das Vertrauen habe, daß sie das Monopol im Interesse der Bevölkerung und des Verkehrs ausüben werde und forderte vor allem eine Entschädigung der durch das Monopol brotlos werdenden Schichten der Bevölkerung.

Hierauf beriet das Haus eine Reihe von Petitionen der Unterbeamten. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde von der Mehrheit abgelehnt; sie begnügte sich mit der Überweisung zur Erwägung und hatte dabei noch den traurigen Mut, in demselben Augenblick den Sozialdemokraten vorzuwerfen, daß sie nichts für die Unterbeamten täten. — Dienstag: zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren.

Internationale Regelung des Ausstellungswezens.

Die von 17 der bedeutendsten Staaten beschickt gewesene internationale Konferenz hat ihre Arbeiten beendet, es ist eine Verständigung der beteiligten Staaten über eine Reform des Ausstellungswezens erzielt worden. Künftig werden von den Vertragsstaaten Ausstellungen nur dann beschickt, wenn sie nicht häufiger als alle zehn Jahre veranstaltet werden. Dieser Beschluß dürfte sich wesentlich gegen Belgien richten, wo in ganz kurzen Zwischenräumen in einer ganzen Anzahl Städte sogenannte Weltausstellungen veranstaltet worden sind. Auch über die Bekämpfung der Schwindelausstellungen und des Meibailenhandels ist ein Uebereinkommen getroffen worden. Auf späteren Konferenzen soll der Ausbau der Konvention erfolgen.

Das Petroleum-Monopol.

Eine offiziöse Meldung der „Königlichen Zeitung“ befragt: In den Betrachtungen der Presse, die sich an die Absicht eines Reichsmonopol-Gesetzentwurfs knüpfen, wird neuerdings behauptet, die Reichsregierung habe sich bei der Vorbereitung des Petroleum-Monopols einseitig von der Deutschen Bank informieren lassen und andere Sachverständige garnicht gehört. Demgegenüber wird uns von zuverlässiger Stelle mit allem Nachdruck versichert, daß die Regierung sich genau so bei den übrigen von der Standard Oil Company unabhängigen, im deutschen Petroleumgeschäft tätigen Persönlichkeiten informiert hat; insbesondere sind auch die Vertreter der Distanzgesellschaft in allen Phasen der Vorbereitung eingehend gehört worden, wie denn auch diese Gesellschaft nach ihren eigenen Veröffentlichungen dem Vorgehen selbst zugestimmt und sich im Sommer dieses Jahres zur Organisation und Finanzierung einer auf Grund des Gesetzentwurfes zu errichtenden Betriebsgesellschaft verpflichtet hat.

Das bayrische Standrechtsgesetz im Kammer-Ausschuß.

Anscheinend wird die Vorlage eines Gesetzes über den Kriegszustand in Bayern den Landtag nicht allzulange aufhalten. Der Ausschuß der Zweiten Kammer ist sofort an die Beratung gegangen und hat sie in kurzer Zeit nahezu beendet. Dem energischen Auftreten der sozialdemokratischen Abgeordneten ist es zu danken, daß fast alle Paragraphen, die das Gesetz zu einer Waffe auch im innerpolitischen Kampf zu gestalten vermöchten, ausgemerzt wurden. Artikel 6 der Vorlage bestimmt, daß das für den Kriegszustand angeordnete Standrecht (Standrechtliche Gerichte) zuständig sein soll:

1. für das Verbrechen des Hochverrats und des Landesverrats,
2. für das Verbrechen und das Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt,
3. für das Verbrechen und das Vergehen wider die öffentliche Ordnung in den Fällen der §§ 124 bis 135, 139 bis 144 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich,
4. für das Verbrechen des Mordes, des Raubes und der Erpressung,
5. für die gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen in den Fällen der §§ 306 bis 308, 311 bis 313, 315, 317, 318a, 321 bis 324, 329 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich,
6. für die in den §§ 1 u. 5 des Gesetzes vom 3. Juli 1893 gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vorgehenden Verbrechen und Vergehen,
7. für die nach Art. 6 des Ausführungsgesetzes vom 18. August 1879 zur Strafrechtsreform strafbaren Handlungen,
8. für die nach Art. 4 dieses Gesetzes strafbaren Handlungen, wenn die Tat nach der Verkündung der Verkündung des Kriegszustandes begangen oder fortgesetzt worden ist.

In § 136 sind hier auch einbezogen die Strafbestimmungen über die Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung. Alle diese politischen Forderungen wurden auf Antrag unserer Genossen gestrichen. Nur der § 136 (Anreizung zum Klassenkampf) bleibt bestehen.

Der Kriegsminister versicherte, daß das Gesetz gar keine innerpolitische Bedeutung habe; vertraulich entwickelte er die Gründe, die das Gesetz angeblich zu einer militärischen Notwendigkeit machten.

Dasselbe wurde schließlich mit allen gegen 2 sozialdemokratische Stimmen im Ausschuss angenommen.

Ostreich-Ungarn.

Die innere Krise in Ungarn. Aus Budapest wird uns geschrieben: Der ungarische Reichstag wird am 30. Oktober eröffnet. Das öffentliche Interesse, welches durch den Ausbruch des Balkankrieges kurze Zeit von der inneren Politik abgelenkt wurde, ist jetzt wieder durch die eigenen Angelegenheiten gefesselt. Regierung und Opposition rüsten sich zu neuen Kämpfen, vielleicht auch zu Friedensverhandlungen. Wenigstens bemüht sich die Regierung, der Opposition Konzessionen zu machen, um so die Herstellung normaler parlamentarischer Verhältnisse zu erreichen. Das Exekutivkomitee der Regierungspartei hielt bereits Freitag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Sitzung ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, nochmals die Opposition zur Teilnahme an der Parlamentsarbeit und an der Delegationsession aufzufordern. Die Regierung geht soweit, daß sie schon in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses durch die Mehrheit einen Antrag einbringen lassen will, der einen von allen Parteien des Hauses gebildeten Ausschuss zur Revision der Hausordnung einzusetzen verlangt. Mit diesem Beschluß gibt die Regierung die in der letzten Session zustande gebrachte Hausordnung als ungültig preis. Die Beschlüsse des Exekutivkomitees werden von der Regierungspartei sicher angenommen werden. In hiesigen eingeweihten Kreisen vermutet man, daß die Annäherungsversuche der Regierung an die Opposition nicht deren eigenen Willen entspricht, sondern der Initiative der Wiener Diplomatie zuzuschreiben ist. Ministerpräsident Lukacs kann sich nach den jüngsten Erklärungen der oppositionellen Führer kaum im Unklaren darüber sein, daß die Opposition mit ihm nicht verhandelt; in den Erklärungen Jutichs, Karolyis und Dejns ist auf das bestimmteste die Entfernung Lukacs und Tiszas gefordert. Warum die Wiener Diplomatie den ungarischen Premier trotzdem zur Versöhnungsaktion zwingt, ist leicht erklärlich. Den Kriegshekern käme die Fortdauer des Konflikts ungenügend, jetzt, wo sie ihre Macht vor ganz Europa zeigen und die Balkanpolitik leiten wollen. Ob die Opposition sich auf Verhandlungen einläßt, gilt als ungewiß. Andrássy wäre wohl dazu bereit, jedoch ist sein Anhang viel zu gering, um Einfluß auf die Opposition zu haben. Bemerkenswert ist es, daß Tisza an der Beratung des Exekutivkomitees nicht teilnahm, obwohl er sich in den Lokalitäten der Regierungspartei aufhielt. Der Besuch des Königs, der anlässlich der Delegationsberatungen nach Budapest kommen und der Regierung in ihrer Politik beistimmen sollte, unterbleibt, da die Wiener Diplomatie vor den angekündigten Demonstrationen der Bürgerschaft und der Arbeiterklasse große Angst hat. Die sozialdemokratische Partei bereitet anlässlich der Parlamentsöffnung Demonstrationen vor. Am 30. Oktober abends will die Partei in der Hauptstadt 10 große Versammlungen veranstalten. An demselben Tage sollen auch in den größeren Provinzstädten Versammlungen abgehalten werden. Ferner will die Opposition zur selben Zeit, wo die Abgeordneten sich nach der Hofburg begeben, um die Thronrede anzuhören, auf der Straße demonstrieren, um die bewaffnete Macht zum Einschreiten zu zwingen. Ueber das Wahlrechtsgesetz herrscht in allen Kreisen gegenwärtig tiefe Stille.

Rußland.

Wieder ein Angriff auf die Rechte der Duma-Abgeordneten. Der Senat hat beschlossen, daß die Abgeordneten der Duma der strafrechtlichen Verfolgung für ihre Reden in der Duma und in den Kommissionen für Interventionen an die Regierung unterliegen, wenn sie dabei die Strafgesetze verletzen. Alle Straftaten der Abgeordneten als solche müssen vor dem höchsten Strafgericht verhandelt werden, selbst dann, wenn Privatklage eingereicht wurde. — Hiermit wird das Recht der Dumaabgeordneten noch weiter eingengt. Der russische Parlamentarismus sinkt immer mehr zur Farce herab.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 29. Oktober.

Das Protokoll vom Chemnitzer Parteitag ist eingetroffen und kann von den Bestellern zum Vorzugspreise von 60 Pfg. pro Exemplar im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, in Empfang genommen werden.

Die Lübecker Bürgerschaft hielt gestern eine kurze, aber nicht unwichtige Sitzung ab. Zunächst machte der Senat die Mitteilung, daß er den Beschlüssen der Bürgerschaft betreffend die Schankgewerbesteuer nicht beigetreten ist und daß bezüglich des Gesuchens der Bürgerschaft, eine Revision der Luftbarkeitsabgaben in die Wege zu leiten, der Senat sich das Weitere vorbehält. Die Neuregelung der Gas- und Elektrizitätspreise beschäftigt, wie der Senat erklärte, jetzt die Verwaltungsbehörden und das Finanzdepartement.

Zu einer Diskussion kam es beim Senatsantrag auf Errichtung eines Agils für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation. Von sozialdemokratischer Seite ist innerhalb und außerhalb des Bürgerschaftssaales schon vor Jahren die Forderung erhoben worden, auch in Lübeck ein menschenwürdiges Heim für Obdachlose zu schaffen, doch fand dies Verlangen bei der erzklassigen Mehrheit keine Zustimmung. Nun endlich muß der Senat selbst damit kommen und eine Änderung der bestehenden unhaltbaren Zustände verlangen. Unsere Fraktion ist selbstverständlich für das Projekt, benutzte aber zugleich die Gelegenheit, um durch den Mund der Genossen Bruns und Dr. Schlomer darauf hinzuweisen, wie verkehrt es ist für die Gewährleistung eines Obdachlosen eine Vormittagsarbeit zu verlangen und dadurch den Arbeitslosen die Gelegenheit zur Nachfrage um Arbeit zu erschweren oder ja unmöglich zu machen. Weiter wurde eine Ausgestalt-

tung des Wächnerinnenheims gewünscht, die auch auf die Entwicklung Rücksicht nimmt. Verschiedene bürgerliche Redner waren dagegen der Ansicht, daß die Arbeitsleistung für die Gewährung des Obdaches notwendig sei, um eine Überfüllung des Asyls zu verhindern. Nachdem Herr Bunde verschiedene Bedenken gegen die bauliche Ausgestaltung des Projekts erhoben hatte, wurde die Vorlage einer dreigliedrigen Kommission zur Prüfung überwiesen.

Die übrigen Senatsanträge wurden ohne längere Beratung durch Annahme erledigt. Eine Aussprache zeitigte der Initiativantrag Heinsohn, der um Einführung des Pflichtfortbildungsschulunterrichts für die weiblichen gewerblichen Lehrlinge ersuchte. Vom Bürgerausschuß war es abgelehnt worden, dieses Ersuchen an den Senat zu richten. Genosse Dr. Schlomer brach in der Diskussion eine Lanze für die allgemeine Pflichtfortbildungsschule für Mädchen. Von der Mehrheit der Bürgerschaft wurde es schließlich abgelehnt, den Antrag Heinsohn dem Senat zu überweisen.

Nachdem noch beschlossen war, eine Kommission einzusetzen, die zu prüfen hat, ob die Bürgerschaft einen Antrag Meyborg betr. Die einheitliche Regelung des Gehalts der südbreischen Zollbeamten dem Senat entgegenbringen muß, wurde bereits kurz vor 8 Uhr, also nach etwa anderthalbstündiger Dauer, die Versammlung der Bürgerschaft geschlossen, weil die ganze Tagesordnung aufgearbeitet war.

Wichtige Veränderungen auf dem Gebiete des südbreischen Schulwesens wünscht die Oberschulbehörde vorzunehmen. Sie beantragte beim Senat die Anstellung eines Schulinspektors, dem in der Hauptsache die Mittel- und Volksschulen unterstellt werden sollen. Zugleich sollen aber auch die Hauptlehrer und Volksschullehrer in der Oberschulbehörde bei Beratungen über Angelegenheiten der Volks- und Mittelschulen eine Vertretung erhalten, die sie bisher nicht hatten. Der Passus im Unterrichtsgesetz, daß das Katharineum, das Johanneum, sowie die Gewerbe- und Baugewerkschule nicht der Aufsicht des Schulrats unterstehen, wird gestrichen. Als wichtigste Neuerung, welche die Oberschulbehörde vorschlägt, ist die Einrichtung eines Schulkonvents anzusehen, dessen Aufgabe die Begutachtung wichtiger technischer Fragen auf dem Gebiete des Mittel- und Volksschulwesens sein soll. Der Schulkonvent setzt sich aus Hauptlehrern, Bezirkschullehrern und Lehrerinnen zusammen. Leider ist der Senat für den Schulkonvent nicht zu haben, weil er „dafür kein Bedürfnis anerkennen“ kann, und weil angeblich „hinreichende Erfahrungen über die Zweckmäßigkeit solcher Einrichtungen nicht vorliegen.“ Sollte nicht der Hauptgrund des Senates gegen den Schulkonvent darin liegen, daß er eine gewisse Demokratisierung des Volksschulwesens, die auch der Lehrerschaft ein Mitbestimmungsrecht sichert, nicht wünscht? Darüber wird in der Bürgerschaft noch zu sprechen sein. Morgen soll sich zunächst der Bürgerausschuß mit der Sache befassen. Daß der Senat beantragt, den Schulrat in eine höhere Gehaltsklasse des Beamtenbesoldungsetats zu versetzen, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfennig für je 20 Gramm) Die Postermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Druckfachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada. „Großer Kurfürst“ ab Bremen 2. November, „Amerika“ ab Hamburg 7. November, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 9. November, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremen 12. November, „George Washington“ ab Bremen 16. November, „Kaiserin Auguste Viktoria“ ab Hamburg 23. November, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 26. November, „Barbarossa“ ab Bremen 30. Novbr. (Postschluß nach Anfuhr der Frachtkisten.) Alle diese Schiffe außer „Barbarossa“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Zeitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 27. d. M. ist vom Flur des Hauses Bedergrube 88 ein Fahrrad Marke „Edelweiß“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Torpedofreilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 13910 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An der am Rade angebrachten Laterne fehlte die vordere Glasscheibe.

pb. Entwendete Stiefel. Am 28. ds. Mts. sind aus dem unverschlossenen Arbeitswagen eines Steinlegemeisters, der an der Arbeitsstätte beim Schuppen Nr. 5 an der Untertrave unterhalb der Fischegrube aufgestellt war, ein Paar neubesohlte, mit Abjaken beschlagene halblange Stiefel gestohlen worden.

pb. Zeitgenommen wurde ein zugereifter Schneidergeselle aus Weener, der am 17. ds. Mts. nachmittags beim Betteln ein Herrenjackett gestohlen hat.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die rührige Direktion des Hansa-Theaters, die unausgesetzt bestrebt ist, den Besuchern dieses Theaters auf dem Gebiete des Varietes das Originellste und Beste zu bieten, hat für den November-Spielplan eine Attraktion verpflichtet, welche speziell für die Stadt Lübeck eine außergewöhnliche Sensation bedeutet. Es handelt sich um Lotte Sarow — welche am Freitag beginnend — im Hansa-Theater ein nur für kurze Zeit berechnetes Basspiel absolvieren wird.

Schwartau. Achtung, Gemeinderatswähler! Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl liegen in der Zeit vom 23. Oktober bis zum 7. November zu jedermanns Einsicht im Rathause aus. Es ist Pflicht jedes Wählers, Einsicht in die Liste zu nehmen. Nur wer in der Liste steht, ist wahlberechtigt. Auch wird die Liste vom Donnerstag an im Gasthof „Transvaal“ ausliegen. Des weiteren findet die Berbreitung der „Landpost“ am Sonntag, dem 3. Novbr., statt. Die Genossinnen und Genossen, die an der Verbreitung teilnehmen wollen, werden ersucht, am Freitag, dem 1. November, abends 8½ Uhr, im Gasthof „Transvaal“ zu erscheinen. Auch sind die Bezirksführer Schwartaus zu diesem Abend eingeladen.

Hamburg. Blinde Passagiere 25 Tage lang unter der Schiffsladung versteckt. Zwei junge

Franzosen, die sich am Abend des 4. September in Hamburg an Bord des Dampfers „Cap Arcona“ von der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft geschlichen hatten, um als blinde Passagiere die Überfahrt nach Südamerika mitzumachen, wurden am 29. September, also nach 25 Tagen, bei Ankunft des Dampfers in Buenos Aires noch lebend, aber völlig erschöpft und dem Tode nahe unter der Schiffsladung aufgefunden. Es sind der 21jährige Mechaniker Adolphe Grebe aus Dijon und der 19 Jahre alte Armand Farquer aus Versailles, ohne Beruf. Als bei Anfuhr des Dampfers „Cap Arcona“ in Buenos Aires das Gepäck der Passagiere, das sich im Unterraum der mit Waren aller Art vollgestauten Luke 2 befand, an Land gebracht werden sollte, hörte ein Stauer eine schwache menschliche Stimme, die unter der Ladung hervorzu dringen schien. In fieberhafter Eile wurde von der Mannschaft ein Stück Ladung nach dem andern entfernt. Und da lag halb aufgerichtet ein Mensch, leise kispelnd, und neben ihm, halb tot, ein zweiter. Sie besaheten ihre Augen mit der Hand, da sie, seit langer Zeit an die Dunkelheit gewöhnt, das eindringende Licht nicht mehr vertragen können. Der Schiffszart stobte ihnen vorsichtig etwas heiße Suppe ein. Beide fielen in tiefe Lethargie, aus der sie erst allmählich erholten. Sie wurden dann der Hafenspolizei übergeben. Grebe erzählte dann, beide hätten Frankreich auf der Suche nach Arbeit verlassen und zuletzt in Graz (Österreich) als Mechaniker gearbeitet. Als die Werkstatt geschlossen wurde, seien sie nach mancherlei Entbehrungen völlig mittellos in Hamburg angekommen. Da ein Matrose am Hafen ihnen sagte, in Südamerika könnten sie viel Geld verdienen, hätten sie das Außerste wagen und sich auf einem Dampfer verstecken wollen, um auf hoher See den Kapitän zu bitten, sie als Kohlentrimmer die Überfahrt verdienen zu lassen. Abends seien sie an Bord des Dampfers geschlichen, durch eine Luke auf den Schiffsboden geklettert und hätten sich hier zwischen Risten und Kässern versteckt. Vor Ermüdung seien sie eingeschlafen. Als sie erwachten, sei über ihnen bereits die Ladung verstaubt gewesen. Alle Hilferufe seien ungehört verhallt. Im Raum herrschte tiefe Dunkelheit, wir wußten nicht, ob es Tag oder Nacht war, so erzählte Grebe weiter. Wir litten entsetzlich Hunger und Durst. Mit einem Taschenmesser bohrten wir in stundenlang Arbeit eine Ritze an, sie enthielt Zucker, wir aßen ihn gierig. Die Folge war wahnsinniger Durst. Wir bohrten in ein Faß in mehrtägiger Arbeit ein Loch und tranken den Inhalt, er schmeckte schrecklicher als Essig. Es war Bier, wie man uns jetzt sagte. Während der Zeit haben wir nur von Zucker und Bier gelebt. Es war fürchterlich. — So erging es zwei Menschen, die von der Not verfolgt, sich in einem Winkel versteckten, um „Drüben“ ein Leben voller Arbeit zu finden.

Kiel. Erneute Lohnbewegung der städtischen Arbeiter. Die Arbeiter der Stadt Kiel haben durch die Leitung der hiesigen Zählstelle des Verbandes der Gemeindearbeiter eine Eingabe an die städtische Verwaltung eingereicht, in der sie um die Gewährung der nachfolgenden Forderungen nachsuchen: 1. Lohnaufbesserung der gesamten Arbeiter, ausgenommen der Retortenheizer, um 20 Pfg. pro Tag. Der Minimallohn muß auf 4,20 Mk. pro Tag festgesetzt werden. Die Handwerkerlöhne sind, soweit sie 4,70 Mk. bis 5.— Mk. betragen, auf 5,50 Mk. zu erhöhen. 2. Für die Retortenheizer und für die Nacharbeiter der Straßenreinigung ist die Achtstundenschicht einzuführen. Für alle übrigen städtischen Arbeiter der Neunstundenschicht. 3. Die in die Woche fallenden Feiertage sind mit den vollen Lohnsätzen zu entschädigen. 4. Herabsetzung der Karenzzeit zur Erlangung des Sommerurlaubs. 5. Anerkennung der Organisation seitens der Stadtverwaltung. In der Begründung der Forderungen wird unter anderem angeführt, daß die Löhne der städtischen Arbeiter seit 1907 nur um 5 Prozent gestiegen sind, die Preise für Lebensmittel nach amtlicher Feststellung dagegen um 25 Prozent. Mit diesen Forderungen beschäftigte sich am Sonntag nachmittag eine im Gewerkschaftshause tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter der Stadt Kiel. Nach einem Referat des Vorsitzenden des Zentralvorstandes des Verbandes A. Mohs-Berlin und anschließender Debatte gelangte die nachstehende Resolution zur Annahme: Die am Sonntag, 27. Oktober, verammelten städtischen Arbeiter verlangen eine Erhöhung der Löhne sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie vom Arbeiterausschuß sowie in der Eingabe der Organisation der städtischen Arbeiter gefordert werden. Die Versammelten erklären, unter allen Umständen an diesen Forderungen festzuhalten und sie mit allen Mitteln zu verwirklichen zu suchen. Um diese ihre Forderungen durchzusetzen, werden die Versammelten versuchen, den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Nur aus sich selbst heraus vermögen die Arbeiter ihre Lage zu einer menschenwürdigen zu gestalten.

Kiel. Vor dem Tode des Erschienenen und Verbrennens wurde ein hiesiger Händler durch seinen Hund bewahrt. Der Händler hatte sich mit brennender Zigarette zu Bett gelegt und war eingeschlafen. Als bald durch die Unruhe seines Hundes geweckt, bemerkte der Händler, daß das Bett durch die Zigarette in Brand geraten und das Zimmer bereits mit Rauch erfüllt war. Wäre die Sache dem Hund nicht ungemütlich geworden, so wäre dessen Herr zweifellos erstickt.

Thrensburg. Großfeuer. Auf dem Grundstück des Landmannes Kröger in Binstler entstand in der Scheune, in der große Vorräte lagerten, Feuer. Die Flammen griffen so schnell um sich, daß an ein Löschen des Brandes nicht zu denken war. Das ganze Anwesen mit sämtlichen Entenvorräten an Korn und Heu brannte in kurzer Zeit vollständig nieder. Als Entstehungsursache des Feuers wird Selbstentzündung angenommen.

Schwerin. Um die mecklenburgische Verfassung. Als Antwort auf die neue mecklenburgische Verfassungsreform hat der liberale Verein für beide Mecklenburg eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der der Reichstag ersucht wird, für ein dem Reichstagswahlrecht ähnliches Wahlrecht in Mecklenburg zu sorgen.

Doberan. Aus Unvorsichtigkeit die Mutter erschossen hat Sonnabend morgen in Hansdorf der zwölfjährige Dienstknecht Hermann Jenß. Als er von seinem Dienste aus Hohenfelde zurückkam, kramte er unter seinen Sachen herum. Dabei zog er einen kleinen Revolver hervor, den er von anderen Dienstknechten eingetauscht hatte. Er glaubte die Waffe ungeladen, hielt sie auf seine Mutter zu und sagte: „Mutter, soll ich mal schießen?“ Diese wehrte ab, doch im gleichen Augenblick drückte der Knabe ab. Das Geschloß drang ihr zwischen die Rippen. Die Frau starb bald an innerer Verblutung. Der Knabe ergriff die Flucht, wurde aber eingeholt und zurückerfordert. Die Frau hinterläßt ihrem zweiten Manne, dem Arbeitsmann Stuh, neun unversorgte Kinder.

Bremen. Errichtung eines Jugendamtes. Ein Gesetz betreffend die Errichtung eines Jugendamtes schlägt der Senat der Bürgerschaft zur Genehmigung vor. Die Hauptbestimmungen des Gesetzes sind folgende: Die öffentliche Fürsorge für Minderjährige, die einer öffentlichen Aufsicht unterstehen oder deren Verpflegung oder Erziehung

aus öffentlichen Mitteln zu erfolgen hat, liegt nach Maßgabe der bestehenden und noch ergehenden gesetzlichen Bestimmungen und der nachfolgenden Vorschriften dem Jugendamt ob. Das Jugendamt besteht aus einem vom Senat aus seiner Mitte bestimmten Mitgliede, einem zu seiner Vertretung befugten juristisch gebildeten Beamten, zwei von der Bürgerschaft gewählten und zwei vom Senat zu ernennenden unbefugten Mitgliedern. Von den letzteren soll eines pädagogisch und das andere pädagogisch gebildet sein. Das Jugendamt übernimmt: 1. Die Geschäfte des Gemeindevaiaenrates für die Stadt Bremen und die Gemeinden des Landgebiets. 2. Die Aufsicht über die Pflegekinder und über die in der mütterlichen Familie erzogenen oder verpflegten unehelichen Kinder in der Stadt Bremen und im Landgebiet nach näherer Vorschrift einer vom Senat zu erlassenden Verordnung. 3. Die Führung der Generalvormundschaft nach näherer Bestimmung des (zu erlassenden) Gesetzes betr. die Generalvormundschaft in der Stadt Bremen und im Landgebiet. 4. Die Fürsorge für diejenigen Minderjährigen, die ihm nach näherer Bestimmung der Geschäftsanweisung für die Stadtbremische Armenpflege zum Zwecke der Unterbringung in Familien oder Anstalten übergeben sind. Das Jugendamt hat ferner die Fürsorge für diejenigen Minderjährigen zu übernehmen, die ihm von den Armenverwaltungen der Landgemeinden oder der Stadt Vegesack zum Zwecke der Unterbringung in Familien oder Anstalten übergeben werden. Die Stadtbremische Armenpflege und die Armenverwaltungen der Landgemeinden und der Stadt Vegesack haben in solchen Fällen dem Jugendamt die gesamten Kosten der Unterbringung der Minderjährigen zu ersetzen. Das Jugendamt ist auch berechtigt, die Fürsorge für diejenigen Minderjährigen zu übernehmen, deren Unterbringung in ländlichen Familien oder in Anstalten von der Armenverwaltung der Stadt Bremerhaven beim Jugendamt beantragt wird. In diesem Falle hat die Armenverwaltung Bremerhaven dem Jugendamt die gesamten Kosten der Unterbringung zu ersetzen. Dem Jugendamt liegt zugleich für den Umfang des ganzen Staatsgebietes ob: 1. die Vorbereitung des Antrages auf Fürsorgeerziehung und die Ausführung der Fürsorgeerziehung Minderjähriger nach näherer Vorschrift des (zu erlassenden) Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger; 2. die Fürsorge für diejenigen Minderjährigen, deren Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt gemäß § 56, Abs. 2 des Reichs-Strafgesetzbuches in einem rechtskräftigen gerichtlichen Urteil bestimmt ist; 3. die Fürsorge für diejenigen Minderjährigen, deren Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt gemäß § 362, Abs. 3, Satz 2 des Reichs-Strafgesetzbuches von der zuständigen Polizeibehörde angeordnet ist. Das Jugendamt ist befugt, auf Antrag dem gesetzlichen Vertreter eines Minderjährigen Beihilfen zu dem unter Aufsicht des Jugendamtes erfolgender Erziehung des Minderjährigen in einer Erziehungsanstalt oder in einer Familie zu gewähren, wenn nach der Überzeugung des Jugendamtes die Voraussetzungen vorliegen, unter denen nach § 1 des (zu erlassenden) Gesetzes über die Fürsorge Minderjähriger, die Fürsorgeerziehung angeordnet werden kann. Diese Beihilfe darf die Hälfte der für die Erziehung aufzuwendenden Kosten und den Betrag nicht überschreiten, den der Staat im Falle der Fürsorgeerziehung, gemäß § 2 des (zu erlassenden) Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für die Unterbringung des Minderjährigen zahlen würde, keinesfalls aber den Betrag von 200 Mk. pro Jahr. Steht das Recht der Sorge für die Person des Minderjährigen nicht dem gesetzlichen Vertreter zu, so hat er mit seinem Antrage auch die Zustimmung dessen Beizubringen, dem die Sorge für die Person zusteht. Zur Unterstützung bei der Erledigung der ihm obliegenden Arbeiten bedient sich das Jugendamt, abgesehen von seinen Beamten und Angestellten, der Hilfe von ehrenamtlich tätigen Jugendpflegern und Jugendpflegerinnen. Zur Beaufsichtigung der der Fürsorge des Jugendamtes unterstellten Minderjährigen, die im Bremischen Landgebiet oder außerhalb des Bremischen Staatsgebietes untergebracht sind, können vom Jugendamt nach Bedarf Vertrauenspersonen bestellt werden.

Oldenburg. Von einer Kuh getötet. Auf dem letzten Markt in Damme wurde der Hofbesitzer Bohlmeier von einer wütend gewordenen Kuh derart in den Unterleib gestochen, daß er bald darauf starb. Bohlmeier stand im 77. Lebensjahre.

Soziales.

Angelegtenversichererwahl in Leipzig. Die am Donnerstag vorgenommene Wahl der Vertrauensmänner zur Angelegtenversicherung in Leipzig hat für die Freie Vereinigung einen schönen Erfolg gebracht. Sie vereinigte auf ihre Liste die größte Stimmenzahl. Der Hauptauschuß hatte 6 Listen aufgestellt. Die Freie Vereinigung erhielt 2869 Stimmen, 2 Vertreter und 4 Ersatzpersonen, der Deutschnationale Handlungsgeschäftsbund 2693 Stimmen, 2 Vertreter und 3 Ersatzpersonen, der V. D. S. 2216 Stimmen, 1 Vertreter und 3 Ersatzpersonen, die Liste des Deutschen Technikerverbandes und Werkmeisterverbandes und des großen Fabrikbeamtenverbandes 408 Stimmen und keinen Vertreter, die Liste des Frauenwahlbundes (Verband Kaufmännischer Gehilfinnen, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Leipziger Lehrerinnen-Verband und Musiklehrerinnen-Verband) 1950 Stimmen, 1 Vertreter und 3 Ersatzpersonen. Der 58er Verband erhielt 231 Stimmen und keinen Vertreter und die Liste einer größeren Anzahl kleinerer Gruppen zusammen 1121 Stimmen, 1 Vertreter und 1 Ersatzperson. Da die sechs Listen der Gegner der Freien Vereinigung verbunden sind, erhielt der Hauptauschuß 8621 Stimmen und 15 Vertreter, die Freie Vereinigung 2869 Stimmen und 6 Vertreter. Da Leipzig eine Hochburg des sogenannten nationalen Handlungsgesellschaftentums ist, kann die für die Freie Vereinigung abgegebene Stimmenzahl (¼ aller abgegebenen Stimmen) als ein erfreuliches Ergebnis für die Freie Vereinigung gelten.

Quittung.

Für das Jugendheim gingen ein:
L. G. 1.— Mk.
Vom Dampfer „Sedina“ 1,15
Der Jugendauschuß.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: I. H. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Eine Aufklärungsschrift, die Aufschluß über die Herstellung und Zusammensetzung der Produkte „Palmin“ (Pflanzenfett) und „Palmona“ (Pflanzen-Butter-Margarine) enthält, geben neuerdings die Fabrikanten dieser Produkte heraus. Die kleine Broschüre wird allen Interessenten von der Firma G. Schind u. Cie. A.-G., Hamburg, auf Wunsch gratis und franco zugelandt.

Billige Butter

gibt es heute nicht mehr, aber jeder kann sich einen vollwertigen Ersatz verschaffen durch Einkauf meiner

Noblessa-

Margarine

Pfund 1.— Mk.

hergestellt aus feinstem Rinder-Nierentalg mit Eigelb und süßer Sahne

Goldin-

Pflanzenbutter veg. Margarine

Pfund 90 ^{1/2} Mk.

hergestellt aus dem süßen Mark der Kokosnuß, mit Sahne verbuttert

Zur schnellen Einführung dieser beiden Marken erhält jeder bei Einkauf von 1 Pfund Noblessa oder 1 Pfund Goldin

1/2 Pfd. Braunkuchen = Bruch

Gratis

außerdem 10% Rabatt in Marken

im

Lübecker
Butterhaus

Friedrich Warnecke

Breite Straße 1-5.

Telephon 727.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, dem 10. Nov., nachmittags 2 1/2 Uhr präz.

Das weite Land.

Tragikomödie in 5 Akten von Arthur Schnitzler.

Preis der Karte 60 Pfg. inkl. Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 9. November, von 6 1/2 bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52. Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der nummerierten Biletts zurückzugeben. Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

4548

Der Vorstand.

NB. Infolge der vielfachen Störungen, die durch Zuspätkommen verursacht worden sind, ist beschlossen worden, daß fortan bei unseren Vorstellungen die Türen bei offener Bühne geschlossen bleiben. Wer also zu spät kommt, hat erst nach dem ersten Akt Zutritt. Deshalb ersuchen wir die Teilnehmer an unseren Vorstellungen, spätestens 2 1/4 Uhr im Theater anwesend zu sein.

D. O.

Billig! **Käse!** Billig!

Feiner Schweizer, weich, vollf. 85 ^{1/2} Mk.
Feiner Rahmkäse 80 und 95 ^{1/2} Mk.
Sehr feiner Tilsiter, pil. 60 u. 70 ^{1/2} Mk.

Fleischhauerstraße 48.

Holsten-Meierei

Wickedestraße 44

2025)

Fernruf 2336

empfiehlt täglich frische

ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkäse. Spezialität: Kochkäse.

Abreisenden aufbewahrt u. nach- gefandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. in Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Rüchergr. 52.** (180

Achtung Radfahrer! (4841

Schmidts Prima Löwenpneumatic

ist das beste und billigste.

Karbid zu billigsten Tagespreisen.

H. A. Hill Nachf., Johannistr. 9.

Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage

empfehlen

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Uhren! Uhren! Uhren!

Neu und getragen

sind

staunend billig zu haben

in der (4488

Marktwieter 2, bei der Post.

Plakate

betr.

Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der

Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Johannisstraße 46.

Taschenuhren Markelngersoll

zu Mk. 5.00, 7.50 9.00

und 12.00. Für guten

Gang wird garantiert.

Gold- u. Silberwaren

empfehlen (3979

Willi Westfaling, Holstenstr. 32.

Fensterglas

aller Art (451
— Rohglas —
farbige Gläser
auch im Einzelnen.

Oscar Tauchnitz, Glashandlung, Lübeck, Hüxtertor-Allee 13. Fernspr. 568.



Unsere direkten Importe neuester Ernte sind eingetroffen und vorzüglich ausgefallen

Ausgewählte Mischungen offen das Pfund von **Mk. 1.60 bis 5.00**

auch in Paketen von 10 Pfg. und höher.

Kaiser's Kaffee-Geschäft

G. m. b. H.

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb // Über 1000 Flächen.

Billige Butter

gibt es heute nicht mehr, aber jeder kann sich einen vollwertigen Ersatz verschaffen durch Einkauf meiner

Noblessa-

Margarine

Pfund 1.— Mk.

hergestellt aus feinstem Rinder-Nierentalg mit Eigelb und süßer Sahne

Goldin-

Pflanzenbutter veg. Margarine

Pfund 90 ^{1/2} Mk.

hergestellt aus dem süßen Mark der Kokosnuß, mit Sahne verbuttert

Zur schnellen Einführung dieser beiden Marken erhält jeder bei Einkauf von 1 Pfund Noblessa oder 1 Pfund Goldin

1/2 Pfd. Braunkuchen = Bruch

Gratis

außerdem 10% Rabatt in Marken.

Verkaufsstellen der Dampfbäckerei „Hansa“

J. C. D. Junge & Co.

Innere Stadt:

Holstenstraße 4

Hüxstraße 24

(Hans Roepel)

Balauerfähr

Ecke Krähenstr.

Königstraße 121

Langer Lohberg 23

Dankwartsgrube 48

Johannisstraße 66

Hüxtertor:

Wakenitzstraße 11b

Percevalstraße 22

Mühlentor:

Peterstraße 1

Krossfelder Allee (Ecke Kolosseum)

Krossfelder Allee 94a

Burgtor:

4536

Lange Reihe 8

Arnimstraße 27 b

Kottwitzstraße, Ecke Bülowstraße

Holstentor:

Moislinger Allee 4 a

Moislinger Allee 57 a

Fackenburger Allee 54

Adlerstraße 41 b, Ecke Gloxinstraße

Steinrader Weg 55

Meierstraße 25

Warendorfstraße 21

Hansastraße 90



Mittwoch treffen große

Sendungen verschiedener

Fischarten ein: Butt (sehr billig), Dorsch, Schell-

fisch, Seelachs, Lengfisch, Forellentör, Gold-

barsch, Weißfisch, Stint, Lachs, große Heringe usw.

J. Hamann, Fischhandlung, Lübeck, Markthalle.

Champagnersteuer und Streichholzsteuer.

Kennt ihr das Märchen? Die reichen Leute wollten auch einmal indirekte Steuern zahlen, sie ließen sich den Champagner verteuern. Welche Opferfreudigkeit! Was für patriotischer Sinn!! Und nun das andere, eine bittere Wahrheit. Das deutsche Reich brauchte wieder einmal viel Geld, es wurden die Streichhölzchen verteuert. Jeder Mann, auch der Allerärmste soll so mit zum Wohle des Vaterlandes beitragen, wenn er sich seine Zigarre anbrennt, oder das kümmerliche Mittagessen zu kochen ist.

Und der Erfolg? Hier ist er, klar und deutlich, in der Charakterisierung der deutschen Regierungsmethode nicht zu über treffen.

	1911	1910
Champagnersteuer	11 648 333 Mk.	10 754 267 Mk.
Streichholz- und Leuchtmittelsteuer	36 815 959 "	30 657 404 "

Das ist das klarste Bild der Bethmann-Hollwegischen Steuerpolitik. Die reaktionären Blätter werden die Richtigkeit unserer Zusammenstellung angreifen und erklären, die Reichen brauchen doch auch Streichhölzer und zahlen somit doch ebenfalls Streichholz- und Leuchtmittelsteuer. Selbstverständlich. Es ist nur ein Unterschied, ob die Streichholzsteuer von dem genommen wird, der auch Champagner trinken kann oder von dem, der sich eben nur Streichhölzchen leisten kann!

Aber dies gewährt die Besteuerung des Champagners und der Streichhölzer und Leuchtmittel auch einen Einblick in den Produktionsumfang dieser Waren. Auch wieder ein Charakteristikum der deutschen Regierungspolitik! Bei uns wird immer erst dann eine Produktionsstatistik geführt, wenn die in Frage kommenden Waren — verteuert werden sollen!

Champagner wurde 1911 in 134 Schaumweinfabriken 1 293 532 ganze Flaschen Schaumwein aus Fruchtwein hergestellt, in 178 Schaumweinfabriken wurden 13 943 032 ganze Flaschen Schaumwein aus Trauben hergestellt. Die erstgenannten Schaumweinfabriken sind 1911 um 15 gewachsen, die letztgenannten um 21 gesunken. Die Produktion ist bei beiden Arten von Fabriken gestiegen. Vom Auslande wurden 1911 und 1910 1 044 925 und 1 709 617 ganze Flaschen Schaumwein eingeführt, der Zollbetrag dafür betrug 1911 3,3 Millionen Mark, 1910 noch 4,4 Millionen. Die Einfuhr ist also durch die verschärfte Besteuerung wieder mehr unterbunden. Kein Wunder, wenn Frankreich die deutsche Ausfuhrware ebenfalls mit hohen Zöllen schikaniert.

Streichhölzer wurden 1911 in 76 Fabriken hergestellt, das sind 2 mehr als 1910. Beschäftigt wurden durchschnittlich 1 764 männliche und 2 171 weibliche Arbeitskräfte. Diese Zahl ist fast ganz konstant geblieben.

	1911	1910
Die Zündholzproduktion betrug		
Millionen	Millionen	
Zündhölzer	81 190 Stück	73 737 Stück
Zündspäncchen	488 "	908 "
eingeführt wurden		
Zündhölzer	236 "	415 "
Zündkerzen	6 "	4 "

Die Produktion ist demnach etwas gestiegen, die Einfuhr hat sich stark verringert. Folge: Zollschikanen gegenüber deutschen Waren bei der Einfuhr nach Schweden.

Leuchtmittel wurden in 166 gegen 169 Fabriken (1910) hergestellt. Und zwar 25 Millionen Stück Kohlenfabenglühlampen (gegen 26 Millionen), 47 Millionen Stück Metallfadenglühlampen (gegen 42 Millionen), 126 Millionen Stück Glühstrümpfe (gegen 115 Millionen) und 11 Millionen Stück Kohlenstifte (gegen 10 Millionen). Hier ist's der erfolgreiche Kampf der Metallfadenglühlampe gegen die alte Kohlenfabenglühlampe, die sich in den Produktionsziffern stark bemerkbar macht.

Russische Spionenarbeit in Österreich.

Nach dem russisch-japanischen Kriege begann der große Zug der militärischen Spione nach Oesterreich, vor allem aber nach Galizien. Der russische Generalstab wollte seine Wissenschaft über österreichische Zustände auffrischen, nachdem fast alle früheren „Informationen“, die lange vor dem Kriege des Jahres 1904-05 gesammelt worden waren, nun veraltet und untauglich geworden sind.

Schon im Jahre 1907 begann eine wahre Pilgerschaft von militärischen Spionen nach Galizien, aber das Gedränge wurde erst auffallend nach dem Jahre 1908 (Annexion von Bosnien und Herzegowina) und nach dem im Jahre 1909 in Prag gefeierten Feste der „neoslavischen Verbrüderung“, die den russischen Nationalisten Ostgalizien erschließen sollte. Direkt von Prag über Ostgalizien heimkehrend, knüpfte der bekannte Graf Bobrinskij in Oesterreichs Grenzen „vertrauliche“ Bekanntschaften an, die nachher in den Gerichtssälen sich als Spionwerbungen erwiesen!

Ein Umstand komplizierte diese Arbeit des russischen Generalstabes, und dieser Umstand liegt in dem Bestreben der politischen Polizei, der „Ohrana“, neben der rein „militärischen“, auch eine „politische“ Arbeit durch die Spione verrichten zu lassen. Es handelt sich um das Auspionieren der russischen und polnischen Sozialisten, die nach Oesterreich vor dem Galgen sich geflüchtet haben. Von Zeit zu Zeit handelt es sich auch um direkte Provokation, die ja im Interesse eines jeden Spiones sowieso liegt, damit er sein Gewerbe lukrativer gestalten kann.

Wie provokatorisch und frech diese „Arbeit“ auf dem österreichischen Gebiete gerade in der letzten Zeit betrieben wird, wollen wir nach dem „Vorwärts“ an dem neuesten Beweise zeigen, dessen Schauplatz Krakau war.

Seit einigen Tagen sitzt im Krakauer Gefängnis ein schurkischer Provokateur, ein gewisser Stephan Graborski, ein zugleich militärischer und politischer Spion, dessen Tätigkeit zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen hätte führen können. Graborski verrichtete früher — nach seinem Geständnis — den „Dienst“ auf dem Grenzabschnitt der Nordbahn zwischen Trzebinia und Dimiecim, bis er zu den wichtigeren Aufgaben der Warschauer „Ohrana“ herangezogen wurde.

Er begann nun ein riskantes Spiel, indem er sich direkt der Krakauer Polizeidirektion vorstellte und ihr wichtige Informationen über Rußland zu liefern versprach. Wie es mit diesem Versprechen in Wirklichkeit war, können wir nicht beurteilen, aber plötzlich kam nach Wien die äußerst alarmierende Nachricht, daß in Kra-

kau eine Verschwörung gegen den Zaren existiere, die den jetzigen Aufenthalt des Zaren auf dem Boden Russisch-Polens in Spala zu einem Attentate ausnützen wolle!

Fast gleichzeitig wurde aber Graborski durch die Krakauer Polizei verhaftet, da seine Tätigkeit — trotz der erwähnten Versprechen — ziemlich verdächtig erschien. Bei dem Verhafteten wurde aber eine frische Instruktion der „Ohrana“ vorgefunden! Von der Polizei bedrängt, legte nun Graborski ein Geständnis ab, das wahrhaftig schauerlich klingt.

Er gestand, daß er der „Ohrana“ aus Krakau vollständig unwahre und erlogene Berichte über verschiedene Parteiversammlungen sendete, um sich „nützlich“ zu machen. Aber sein Meisterstück war die fruktifizierte „Verschwörung“ gegen den Zaren, worüber er genaue Berichte nach Warschau lieferte. Nach diesen Berichten sollten drei „Verschwörer“, ein gewisser „Richard“ und „Brzecz“ (den Namen des dritten konnte er angeblich nicht erfahren!) bereits von Krakau nach Russisch-Polen abgedandt worden sein und sich in dem Städtchen Tomaszow versammeln.

Er selbst ging auch nach Tomaszow, wo ihn schon die „Ohrana“-Leute erwarteten; da aber „Verschwörer“ nirgends zu finden waren, erlangte er die zweite Lüge, daß die „Verschwörer“ Wind bekommen hätten und sich nach Krakau zurückflüchteten. . . .

Alle diese Lügen sind natürlich nach Spala an das Zarenhoflager übermittelt worden. Welchen Eindruck sie dort machten, können wir nicht beurteilen.

Das Krakauer neueste Beispiel ist gar nicht vereinzelt. Politisches Spionieren und Provokation schreitet sehr häufig neben der militärischen Spionage einher.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 28. Oktober.

Wortführer Dr. Gorch eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. Er gibt zur Kenntnis, daß der Kommissionsericht zur Vorprüfung der Bedingungen für Gas- und Elektrizitätslieferung durch die städtischen Gemeindeanstalten vom Senat noch nicht vorgelegt sei, trotzdem Gile nottue. Vielleicht werde der Senat im Laufe der heutigen Sitzung nähere Mitteilung machen.

Eingegangen ist ein statistischer Jahresbericht der Republik Uruguay.

Vom Senat wird die Zustimmung zum Eingemeindungsgeles und die näheren Bestimmungen hierzu bekannt gegeben.

Der Senat gibt ferner durch Dekret kund, daß er dem Nachtragsentwurf vom 2. Juli, die Gewerbesteuer für Gast- und Schankwirtschaften betreffend, den die Bürgerschaft am 8. Oktober mit Abänderungen genehmigte, nicht zustimmen kann. Er trage Bedenken, den Beschlüssen der Bürgerschaft beizutreten, über das Ersuchen, eine Revision der Lustbarkeitssteuer vorzunehmen, behalte sich der Senat das Weitere vor.

Dr. Ziehl wünscht eine besondere Abstimmung der Bürgerschaft über die vom Senat vorgenommenen Abänderungen zum Eingemeindungsgeles.

Dr. C. Meyer pflichtet dem bei, um der Form zu genügen.

Hug. Bape ersucht um baldige Aufklärung betreffs der Schankwirtschaftsteuer.

Booby-Island.

Australische Skizze von Friedrich Gerstäcker.

(2. Fortsetzung.)

„Was weiß auch so ein Junge von Durst, Steuermann,“ sagte der Angeredete mürrisch, „der kommt erst mit den Jahren. Es ist gerade so, als ob mir die Zunge im Hals springen und bersten müßte — und wer weiß denn, ob auch nur ein Tropfen Wasser auf dem blutigen Felsen zu finden ist. Kahl genug sieht er aus.“

„Darüber tröstet Euch, Zimmermann,“ sagte der Kapitän. „Die Yorkshire lady, die vierzehn Tage vor uns ausgelegt ist, hat dort angelegt und von Sidney besonders Wasser und Zwieback für den Zweck mitgenommen, um es dort zu lassen. Finden wir aber nicht genug, um eine Zeitlang liegen zu bleiben, nun so nehmen wir, was wir für den nächsten Tag brauchen, und laufen damit zu einer der Inseln im indischen Archipel hinauf. So weit ist die Fahrt ja nicht, und hohe See haben wir dort auch nicht zu fürchten.“

„Geb's Gott,“ sagte der Zimmermann resigniert, und von jetzt ab wurde kein Wort weiter gesprochen, während sich die Leute nur schärfer in ihre Ruder legten, um den verheißenen Platz desto eher zu erreichen.

Die Brise wurde lebhafter, sie konnten das Segel setzen, die Strömung half ebenfalls nach und das Boot glitt verhältnismäßig rasch über das glatte Wasser seinem Ziel entgegen. Die erste Insel, die bis jetzt nur wie ein kurzer Streifen auf dem Horizont gelegen und dadurch weit entfernt schien, als sie wirklich lag, hob sich mehr und mehr, bis sie die Form eines Topfchens annahm und man jetzt deutlich schon den Fuß derselben, gegen den die Strömung wusch, erkennen konnte.

Die Brise, die hier mehr stoßweise kam, kullte nach einiger Zeit wieder ein, und vier von den Leuten hatten deshalb die Ruder wieder aufgegriffen, die übrigen lagen, so gut es eben ging, ausgestreckt im kleinen Boot, und nur der Kapitän sah, das Gesicht dem Lande zugekehrt, am Ufer und betrachtete sich das nicht mehr so ferne Eiland. Plötzlich richtete er sich etwas empor und schützte die Augen mit der flachen Hand gegen die schon im Westen stehende Sonne, die ihn auch überdies durch das Witzgen auf dem Wasser blendete; dann ohne ein Wort zu sagen, nahm er das neben ihm liegende Teleskop auf und hob es ans Auge. Kaum aber hatte er einen Blick hindurch geworfen, als er wirklich erschreckt ausrief:

„Damnation! Die Schwarzen haben Booby-Island besetzt.“

„Was?“ schrie nun der Zimmermann voller Entsetzen — „o du grundgütiger Himmel — dann sind wir verloren.“

„Verloren?“ brummte der Steuermann, mit einem wilden Fluch durch die Lippen, „hat sich was von verloren — wie viele sind's, Kapitän?“

„Der Strand schwärmt von ihnen, und oben drauf tanzt auch noch etwa ein Duzend herum — aber ich sehe keine Kanoes.“

„Die liegen jedenfalls hinter der Insel in ruhigem Wasser. Also haben die schwarzen Bestien den Platz endlich richtig gefunden!“

„Und was nun?“ sagte der Kapitän.

„Was nun tun? Ei, wir müssen den Platz eben wieder erobern.“

„Gegen den Schwarm?“

„Geben Sie mir einmal das Glas, Kapitän, daß ich einen Überblick bekomme — immer zu, Jungen, laßt die Ruder nicht schleppen, hier können wir doch nicht liegen bleiben.“

„Wenn wir landen, dann fressen sie uns mit Haut und Haaren!“ klagte der Koch, der sich bestürzt emporgerichtet hatte und nach dem jetzt gefährdeten Land hinüberstarrte.

„Was fressen,“ knurrte der Steuermann ärgerlich, während er durch das Glas sah — „erst müssen sie uns haben. Alle Wetter! es ist eine hübsche Portion und wir sind auch jedenfalls schon bemerkt worden, denn wie die Ameisen klettern sie da an den lichten Felsen in die Höh. Jungens, Jungens, und wie werden sie den Vorräten mitgespielt haben!“

„Wie viele sind's, Steuermann?“

„Ich zähle siebenundzwanzig, groß und klein,“ erwiderte dieser, „aber da links heraus kommen noch mehr aus dem Felsen, das ist jedenfalls die Höhle — da sind noch drei, vier, fünf, sechs, sieben — es ist ein ganzer Schwarm, und wir werden Teufelsarbeit bekommen.“

„Wieviel Gewehre haben wir eigentlich im Boot?“ fragte der Kapitän, nachdem er selber das Glas genommen und durchgesehen; sie waren der Insel aber indessen so nahe gekommen, daß sie die schwarzen nackten Gestalten schon mit bloßen Augen erkennen konnten.

„Es sollen sechs sein,“ sagte der Steuermann, „aber an dem einen ist der Hahn abgedröhen — und dann Ihre Doppelflinte.“

„Und Pistolen?“

„Hier; aber noch ein halbes Duzend Lanzen.“

„So nahe dürfen wir den Salunken nicht kommen“, sagte der Kapitän kopfschüttelnd, „daß wir die gebrauchten Könten, sonst späten sie uns mit ihren verdammten Wurfspieren, mit denen sie vortrefflich umzugehen wissen.“

„Wenn wir aber zu kanonieren anfangen,“ sagte der Steuermann trocken, „und mit den alten, von Kost halbzertresenen Schießprügeln nichts treffen, so machen wir sie erst recht übermütig, und wer dann unverrichteter Sache abziehen muß, sind wir.“

„Den ersten Schuß,“ rief der Kapitän, „müssen wir jedenfalls über ihre Köpfe feuern, denn ich möchte die armen Teufel nicht totschießen, wenn ich es irgend umgehen kann. Ich denke aber auch, es wird genügend sein, denn wenn sie nur den Knall eines Gewehres hören, laufen sie schon, was sie laufen können. Schußwaffen fürchten sie mehr als ihren sogenannten Devil-Devil.“

„Ich will's wünschen,“ brummte der Maat oder Steuermann, „ich habe nur so eine Ahnung, daß ihnen unser kleines Boot keinen besonderen Respekt einflößen wird. Ja wenn wir mit dem Schoner angelegelt kämen und einen der kleinen Böller hätten lösen können, dann war's vielleicht was anderes, denn die machen mehr Spektakel, und so ein Schuß klingt, als ob er von allen Seiten auf einmal käme.“

Es wurde jetzt kein Wort weiter gesprochen, denn das Boot näherte sich rasch dem Lande, und die getrocknete Mannschaft nahm zu viel Interesse an dem, was sie dort erwartete, um sich nicht selber durch den Augenchein von der Zahl der Feinde zu überzeugen. Selbst die Rudernenden drehten die Köpfe über die Schulter zurück, und deutlich konnte man auch jetzt den Schwarm erkennen, der mit wildem Jauchzen auf der Insel herumprang, während eine Anzahl von ihnen grüne Zweige von den Büschen brach und damit hinüberwinkte. Fast alle aber, wie der Kapitän deutlich durch sein Glas erkennen konnte, trugen ihre Lanzen in den Händen, und legten sie erst zwischen den Steinen nieder, als sie vielleicht glaubten, daß man sie vom Boot aus mit bloßen Augen erkennen könne.

„Ich Kapitän“, sagte der Zimmermann, „die tun uns ja nichts, die schwingen grüne Büsche; das ist immer ein Zeichen bei den wilden Salunken, daß sie's gut meinen — einen Tropfen Wasser geben sie uns gewiß.“

„Ja trau' du denen“, knurrte der Koch — „mit denselben Zweigen braten sie dich nachher.“

Dem Kapitän gefiel übrigens das Winken mit den Zweigen auch nicht. Durch sein gutes Glas sah er deutlich, wie eine Anzahl der Schwarzen, die wieder zum Strand hinabgeklettert waren, ihre Lanzen in eine Vertiefung — wahrhaftig den Rand der Höhle stellten, aber dicht dabei stehen

Senator Dr. Fehling erklärt, der Kommissionsbericht über die Gas- und Elektrizitätspreise sei der Verwaltung für städtische Gemeindeforderungen überwiesen worden, damit diese sich dazu äußern könne.

v. Schaaf bedauert lebhaft, daß dieser Bericht nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt sei. Der Kommission habe man die Anempfehlung, um im nächsten Budget die Zahlen entsprechend einstellen zu können. Die Bevölkerung warte mit Schmerzen auf die Entscheidung.

Senator Dr. Fehling: Der eingeschlagene Weg bedeutet keine Verzögerung, sondern das Gegenteil. Der Senat hätte die Bürgererschaft ruhig verhandeln lassen können, aber für deren Wünsche keine Erklärung der Behörden in Händen gehabt.

1. Antrag: Staatsseitiger Erwerb von vier auf dem Frivald gelegenen Parzellen von den Erben des Rechtsanwalts Dr. A. Brehmer hier.

Wird ohne Debatte angenommen.

2. Antrag: Verstärkung des Abschnitts XIX. der Ausgabenliste des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1912.

Auf eine Anfrage Dr. Ziehls, ob die Abrechnung der Stadtkasse für 1911 vorliege und wie sich der Abschluß gestalten würde, erklärt

Senator Kabe: Die Abrechnung liege noch nicht vor. Der Antrag wird angenommen.

3. Antrag: Gewährung einer Beihilfe an die Wegegemeinde Garmsdorf zur Unterhaltung einer Strecke der Landstraße Kageburg-Berckthlin.

Pechelhoff (Reefe) hofft befriedigende Erledigung der vorgelegenen Arbeiten zum Besten der Gemeinden an der Obertrape.

Der Antrag wird angenommen.

4. Antrag: Einrichtung eines Asyls für Obdachlose sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation.

Bruno tritt für die Errichtung eines Obdachlosen Asyls ein; dadurch werde einem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Nicht einverstanden damit könne er sich erklären, daß die Armenbehörde für die Benutzung des Asyls einen halben Tag Arbeit verlange. Durch diese Maßnahme werde man nur erreichen, daß die Leute, die der Arbeit aus dem Wege gehen, sich drücken werden. Zur Arbeit erziehen könne man damit niemand. Dagegen würden diejenigen, die arbeiten wollen und sich Arbeit suchen, davon abgehalten, auf die Suche nach Beschäftigung zu gehen. Der Vormittag gehe ihnen verloren, so daß sie vielfach gezwungen seien, des Abends wieder um Obdach nachzugehen. Wer selbst auf der Wanderschaft war, wisse aus Erfahrung, daß sich die Dürckberger nicht um Aufnahme ins Obdachloosen Asyl bewerben. Redner bittet, von der unpraktischen Maßregel abzusehen.

Senator Dr. Lienau wünscht auf alle Fälle, daß Arbeit geleistet werde. Wohin sollte man kommen, wenn diese ausfallen würde!

Heinsohn stimmt dem Senator zu. Durch die Arbeit erwache in dem Obdachloosen das Gefühl, kein Almosen empfangen zu haben.

Dr. Hartwig glaubt, wenn dem Antrage Bruno stattgegeben würde, wäre die Anzahl der Betten viel zu gering bemessen. Es müßten dann mindestens 500 geschaffen werden. Der größte Andrang sei vom Sonnabend auf den Sonntag, wo keine Arbeit geleistet zu werden brauche. Durch die Annahme des Bruno'schen Antrages würde nur dem blinden Mitleid Vorzug gegeben; dafür müsse er warnen.

Blund bemängelt die Baumweise, die sicher bald zu polizeilichen Einwendungen führen werde. Der Hofraum lasse kein Licht zu, die Schlafräume würden ungesund und seien auch in der sonstigen Anlage nicht bedenkenfrei. Er beantragt Kommissionsberatung.

Senator Dr. Lienau: Die Deputation hat ja ihre Zustimmung gegeben und bei der Ausarbeitung der Pläne mitgewirkt. Zudem haben jahrzehntlang die Räume Wohnzwecken gedient, ohne daß Beschwerden laut wurden.

Dr. Schlomer: Ich bitte die Einwendungen von Bruno etwas mehr zu berücksichtigen. Theoretisch mögen die gegnerischen Ansichten teilweise richtig sein, die Praxis spricht aber dagegen. Die Hauptsache ist doch, daß die Leute am weiteren Elend verhindert werden und wieder Arbeit finden. Wenn nach Dr. Hartwig der größte Andrang Sonnabends ist, so sprechen hier doch andere als die angegebenen Gründe mit. Der Arbeits- und Wohnungswegfall spielt auch eine Rolle an diesem Tage. Unliebame Elemente können auf andere Weise ferngehalten werden, deshalb braucht man die

arbeitswilligen Leute nicht hindern, am anderen Morgen Arbeit zu suchen. Bei der Wöchnerinnenstation vermissen ich den Raum, wo die Entbindung stattfinden soll. Überhaupt hätten bei dieser Einrichtung mehr Wünsche berücksichtigt werden sollen. Jetzt werden nur solche Wöchnerinnen untergebracht, die der Armenunterstützung bedürftig sind. Gerade im Deutschen Reich wird insbesondere von ärztlicher Seite verlangt, Wöchnerinnenheime für weitere Kreise einzurichten, also auch für solche, die nicht der Armenunterstützung bedürftig sind. Mädchen und verheiratete Frauen, die in ihrer Gesundheit bedroht sind, sollten untergebracht werden können. Der freiwillige Eintritt würde in den nächsten Jahren gewiß stärker. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung erhalten die Arbeiterinnen vier Wochen vor der Entbindung Krankengeld, da wäre es wünschenswert, wenn diese untergebracht werden könnten, wenn häusliche oder andere Verhältnisse ihnen das wünschenswert erscheinen lassen. Die Armenbehörde sollte die notwendige Entwicklung nicht unterbinden.

Senator Dr. Lienau kann nicht zusagen, ob später auch andere, als der Armenbehörde zur Last fallende Wöchnerinnen aufgenommen werden sollen. Vorerst sei die Einrichtung nur für die Unterstützungsbedürftigen.

Böhs meint, daß im Bürgerausschuß keine ausreichende Zeit zur Prüfung der Anträge vorhanden sei, da diese meistens einen Tag vor der Sitzung den Mitgliedern zugehen. Er wünscht Kommissionsberatung.

Senator Dr. Fehling erklärt, den Senat treffe durch das vom Vorredner Angeführte keine Schuld.

Dr. Hartwig tritt wiederholt für den Arbeitszwang ein. Die praktischen Erfahrungen sprächen gerade dafür. Wir würden böse Erfahrungen mit der völligen Freigabe machen. Der bevorstehende Winter erfordert Eile.

Blund: Daß keine Beschwerden erhoben wurden, ist nicht verwunderlich, denn die bisherigen Bewohner waren Zuchtthäuser.

Kommissionsberatung wird angenommen. In die Kommission werden Blund, Bruno und Dr. Hartwig gewählt.

5. Antrag: Neupflasterung einer Strecke der Kahlhorstraße.

Debattelos angenommen.

6. Antrag: Aufhebung der Stelle des 2. Maschinenmeisters beim Elektrizitätswerk und Errichtung einer weiteren Maschinenmeisterstelle nach Klasse A VIII des Beamtenbesoldungssatzes.

Köster fragt nach der festen Anstellung der Gerichtsdieners; ob nicht bald eine Vorlage der Bürgererschaft zugehe.

Senator Dr. Fehling sieht sich außerstande, jetzt darüber zu berichten.

Der Antrag wird angenommen.

Der letzte Tagesordnungspunkt betrifft die Entscheidung der Frage, ob die vom Bürgerausschuß nicht an den Senat gerichteten Anträge 1. von W. A. B. Heinsohn: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, zu prüfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, nunmehr Pflichtfortbildungsschulen auch für die weiblichen gewerblichen Lehrlinge einzuführen; 2. von Menborg: Die Bürgererschaft wolle den Senat ersuchen, eine einheitliche Regelung des Gehaltes der lübbeckischen Zollbeamten vorzunehmen, seitens der Bürgererschaft an den Senat gelangen sollen.

Heinsohn: Die Gewerbeschulbehörde hat Gelegenheit genommen, für die weiblichen gewerblichen Lehrlinge, insbesondere Schneiderinnen und Puzmacherinnen, besondere Kurse einzurichten, nachdem der Senat entsprechende Beschlüsse ergehen ließ. Es wäre nun an der Zeit, auch für die anderen den Unterricht einzuführen.

Dühring: Wenn der Bürgerausschuß mit Kommissionen überhäuft ist, hätte er den Antrag dem Senat übergeben können. Dieser hätte der Oberbehörde, die sich ja schon mit einem Teil der weiblichen Lehrlinge beschäftigt hat, beauftragt werden sollen.

v. Schaaf: Der Bürgerausschuß hat lange genug beraten. Finanzielle Bedenken waren für Staat und Geschäftsleute für die Ablehnung maßgebend. Soll etwas geschaffen werden, dann müssen die weiblichen gewerblichen Lehrlinge erst Verträge für eine drei- bis vierjährige Lehrzeit eingehen, genau so, wie es bei den männlichen der Fall ist.

Hauptlehrer Reimpell erkennt wohl die Bedenken an, denn es sei begreiflich, daß viele Mädchen nicht beim Gewerbe bleiben und als Hauptziel das natürliche, nämlich die Ehe betrachten. Doch dürfe man nicht außer acht lassen, alle gewerblichen Lehrlinge der Pflichtfortbildungsschule zuzuführen.

Heinsohn: Die weiblichen gewerblichen Lehrlinge, insbesondere Schneiderinnen und Puzmacherinnen, besondere Kurse einzurichten, nachdem der Senat entsprechende Beschlüsse ergehen ließ. Es wäre nun an der Zeit, auch für die anderen den Unterricht einzuführen.

Dühring: Wenn der Bürgerausschuß mit Kommissionen überhäuft ist, hätte er den Antrag dem Senat übergeben können. Dieser hätte der Oberbehörde, die sich ja schon mit einem Teil der weiblichen Lehrlinge beschäftigt hat, beauftragt werden sollen.

v. Schaaf: Der Bürgerausschuß hat lange genug beraten. Finanzielle Bedenken waren für Staat und Geschäftsleute für die Ablehnung maßgebend. Soll etwas geschaffen werden, dann müssen die weiblichen gewerblichen Lehrlinge erst Verträge für eine drei- bis vierjährige Lehrzeit eingehen, genau so, wie es bei den männlichen der Fall ist.

Hauptlehrer Reimpell erkennt wohl die Bedenken an, denn es sei begreiflich, daß viele Mädchen nicht beim Gewerbe bleiben und als Hauptziel das natürliche, nämlich die Ehe betrachten. Doch dürfe man nicht außer acht lassen, alle gewerblichen Lehrlinge der Pflichtfortbildungsschule zuzuführen.

Heinsohn: Die weiblichen gewerblichen Lehrlinge, insbesondere Schneiderinnen und Puzmacherinnen, besondere Kurse einzurichten, nachdem der Senat entsprechende Beschlüsse ergehen ließ. Es wäre nun an der Zeit, auch für die anderen den Unterricht einzuführen.

Dühring: Wenn der Bürgerausschuß mit Kommissionen überhäuft ist, hätte er den Antrag dem Senat übergeben können. Dieser hätte der Oberbehörde, die sich ja schon mit einem Teil der weiblichen Lehrlinge beschäftigt hat, beauftragt werden sollen.

v. Schaaf: Der Bürgerausschuß hat lange genug beraten. Finanzielle Bedenken waren für Staat und Geschäftsleute für die Ablehnung maßgebend. Soll etwas geschaffen werden, dann müssen die weiblichen gewerblichen Lehrlinge erst Verträge für eine drei- bis vierjährige Lehrzeit eingehen, genau so, wie es bei den männlichen der Fall ist.

Hauptlehrer Reimpell erkennt wohl die Bedenken an, denn es sei begreiflich, daß viele Mädchen nicht beim Gewerbe bleiben und als Hauptziel das natürliche, nämlich die Ehe betrachten. Doch dürfe man nicht außer acht lassen, alle gewerblichen Lehrlinge der Pflichtfortbildungsschule zuzuführen.

Heinsohn: Die weiblichen gewerblichen Lehrlinge, insbesondere Schneiderinnen und Puzmacherinnen, besondere Kurse einzurichten, nachdem der Senat entsprechende Beschlüsse ergehen ließ. Es wäre nun an der Zeit, auch für die anderen den Unterricht einzuführen.

Dühring: Wenn der Bürgerausschuß mit Kommissionen überhäuft ist, hätte er den Antrag dem Senat übergeben können. Dieser hätte der Oberbehörde, die sich ja schon mit einem Teil der weiblichen Lehrlinge beschäftigt hat, beauftragt werden sollen.

v. Schaaf: Der Bürgerausschuß hat lange genug beraten. Finanzielle Bedenken waren für Staat und Geschäftsleute für die Ablehnung maßgebend. Soll etwas geschaffen werden, dann müssen die weiblichen gewerblichen Lehrlinge erst Verträge für eine drei- bis vierjährige Lehrzeit eingehen, genau so, wie es bei den männlichen der Fall ist.

Hauptlehrer Reimpell erkennt wohl die Bedenken an, denn es sei begreiflich, daß viele Mädchen nicht beim Gewerbe bleiben und als Hauptziel das natürliche, nämlich die Ehe betrachten. Doch dürfe man nicht außer acht lassen, alle gewerblichen Lehrlinge der Pflichtfortbildungsschule zuzuführen.

Heinsohn: Die weiblichen gewerblichen Lehrlinge, insbesondere Schneiderinnen und Puzmacherinnen, besondere Kurse einzurichten, nachdem der Senat entsprechende Beschlüsse ergehen ließ. Es wäre nun an der Zeit, auch für die anderen den Unterricht einzuführen.

Dühring: Wenn der Bürgerausschuß mit Kommissionen überhäuft ist, hätte er den Antrag dem Senat übergeben können. Dieser hätte der Oberbehörde, die sich ja schon mit einem Teil der weiblichen Lehrlinge beschäftigt hat, beauftragt werden sollen.

v. Schaaf: Der Bürgerausschuß hat lange genug beraten. Finanzielle Bedenken waren für Staat und Geschäftsleute für die Ablehnung maßgebend. Soll etwas geschaffen werden, dann müssen die weiblichen gewerblichen Lehrlinge erst Verträge für eine drei- bis vierjährige Lehrzeit eingehen, genau so, wie es bei den männlichen der Fall ist.

Hauptlehrer Reimpell erkennt wohl die Bedenken an, denn es sei begreiflich, daß viele Mädchen nicht beim Gewerbe bleiben und als Hauptziel das natürliche, nämlich die Ehe betrachten. Doch dürfe man nicht außer acht lassen, alle gewerblichen Lehrlinge der Pflichtfortbildungsschule zuzuführen.

Heinsohn: Die weiblichen gewerblichen Lehrlinge, insbesondere Schneiderinnen und Puzmacherinnen, besondere Kurse einzurichten, nachdem der Senat entsprechende Beschlüsse ergehen ließ. Es wäre nun an der Zeit, auch für die anderen den Unterricht einzuführen.

Dühring glaubt nicht, daß der Bürgerausschuß in der Lage war, den Antrag genügend zu beraten. Eine Abstimmung erübrige sich.

Babendererde: Die einzigen gewerblichen Lehrlinge findet man im Gastwirtsgewerbe. Die Kochlehrlinge unterstehen der Gewerbeordnung, ohne daß sie die Abtät haben, ein Gewerbe zu erlernen.

Heinsohn gibt die Zahl der jetzt schulpflichtigen weiblichen Lehrlinge an. Es sind nur 7 aus dem Puzmacher-, Schneider- und Friseurgewerbe. Wahrscheinlich seien noch nicht alle ermittelt.

Dr. Schlomer wünscht, daß die Behörde Pflichtfortbildungsschulen für alle gewerblichen Lehrlinge einrichtet. Der Senat sollte bald eine Vorlage einbringen, trotzdem die Bürgererschaft sich gegen eine allgemeine Pflichtfortbildungsschule wende. Der Mannheimer Stadtschulrat habe gerade in den letzten Tagen erklärt, daß in Baden z. B. schon seit Jahrzehnten solche Schulen beständen. Für die Kochlehrlinge sei die Schule nötig; sie würden von morgens früh bis spät abends ausgenutzt, wie selten in einem Gewerbe. (Lachen bei einem Teil der Bürgerlichen.)

Lippe rt: Was der Antrag will, ist nicht durchzuführen, er fordert für sämtliche gewerblichen Lehrlinge die Schulpflicht.

Heinsohn erklärt, der Antrag fordere diese für sämtliche gewerbliche Lehrlinge im Handwerk.

Babendererde erwidert Dr. Schlomer, die Kochlehrlinge seien der Gewerbeordnung unterstellt und damit auch deren Bestimmungen in bezug auf die Ruhezeit unterworfen. Die Polizei sorge für die Einhaltung der Pausen.

Heinsohn's Antrag wird abgelehnt.

Menborg gibt einige Erläuterungen zu seinem Antrag, der nur der Form wegen vom Bürgerausschuß abgelehnt worden sei. Nachdem Preußen die Regelung vorgenommen habe, hätte auch Lübeck eine Änderung beschlossen, die aber eine Verschlechterung bedeute. Die Zollaufsicht hätten dreimal 80 Mk. Zulagen eingebüßt. Mehrere Beamte müßten 25-27 Jahre warten, bis sie das Höchstgehalt erreichten. Jetzt erhalte ein Assistent 5 Mk. Gehalt weniger als früher, wo er Aufseher gewesen sei. Früheren Hilfsbuchleuten oder diätarisch tätig Gewesenen sollte man diese Zeit anrechnen. Das Geld werde ja vom Reich zurückerstattet und berühre das Budget nicht im geringsten.

Scharff glaubt, die Entscheidung falle heute der Bürgererschaft schwer. Eine Ablehnung würde den Beamten ein Unrecht tun, daher wäre Kommissionsberatung notwendig, ob der Antrag dem Senat entgegengebracht werden sollte.

Senator Dr. Fehling hat gegen eine kommissarische Prüfung nichts einzuwenden, weist jedoch den Vorwurf zurück, daß eine größere Zahl von Zollbeamten nicht genügend berücksichtigt worden sei.

Aug. Pape hätte sofortige Überweisung gern gesehen, hat aber gegen das vorgesehene Verfahren auch keine Bedenken.

Dr. C. Meyer: Ein Antrag, der eine sachliche allgemeine Prüfung ermöglicht, ist nicht von der Hand zu weisen. Dem Bürgerausschuß hat der Antrag nicht gefallen, weil er in der Form nicht dazu Stellung nehmen konnte. Eine gesetzliche Regelung hat stattgefunden, doch ist es zweckmäßig, um sachliche Härten auszugleichen, eine Bürgerchaftskommission mit der Prüfung zu betrauen.

Auf Antrag Scharff wird die Angelegenheit einer Kommission überwiesen.

Schluss 7 Uhr 30 Minuten.

Aus der Partei.

Ein außerordentlicher internationaler Kongress. Wie uns soeben gemeldet wird, hat das internationale sozialistische Bureau beschlossen, baldigst einen außerordentlichen internationalen Kongress nach einer schweizerischen Stadt einzuberufen, um gegen den Balkankrieg zu protestieren. Mit den Vorarbeiten dieses Kongresses sind die Organisationen in Deutschland, England, Rußland und Frankreich beauftragt worden. Demnächst wird durch ein Manifest eine internationale Aktion gegen die weitere Ausdehnung des Krieges gefordert.

Der nächste ordentliche internationale Kongress, der 1913 in Wien tagen sollte, wird auf Beschluß des internationalen sozialistischen Bureau erst im Jahre 1914 stattfinden.

Wissen und dann aus Leibeskräften mit den grünen Büschen zechen, als ein Zeichen, daß das Boot dort landen sollte. Er anderte keinen Kurs nicht, sondern hielt vielmehr noch etwas nach rechts hinüber, um die nördliche Spitze der Insel anzudeuten, und die Wälder, wie er deutlich erkennen konnte, griffen jetzt ihre Waffen wieder auf und verschwanden hinter der Insel, um vorn nicht damit gehen zu werden.

Das alles deutete auf Hinterlist, und daß die Eingeborenen dieser Küsten alles daran setzten, um in den Besitz eines guten europäischen Bootes zu kommen, wußte er schon zur Genüge aus den Erzählungen anderer Kapitäne. Geld hat für sie nicht den geringsten Wert. Kleidungsstücke begehren sie nicht, und selbst von Eisenwerkzeugen sie nichts gebrauchen, als vielleicht ein Beil oder Messer, da ihre Lanzen aus den harten und schweren Hölzern bestehen, welche ihnen die Wildnis in Nähe liefert, aber ein festes Boot war für sie von unschätzbarem Wert, denn damit konnten sie das Meer in jeder Jahreszeit befahren, und daß sie kein Mittel sahen würden, um sich in den Besitz eines solchen zu setzen, ließ sich denken.

Wieviel Wilde bestanden sich aber überhaupt auf der Insel und hatten sie auch schon alle gesehen? — Wohl schwerlich, denn von dem Augenblick an, wo sie nahe genug gekommen, um die Eingeborenen mit bloßen Augen zu erkennen, waren meistens noch acht oder zehn sichtbar, die sich aber darauf hielten das Schwingen von grünen Büschen um so bewerkeltener zu machen. Wo waren die anderen? Jedenfalls irgendwo hinter den Steinen oder in der Höhle versteckt, und hatten sie wirklich friedliche Absichten, so würden sie sich ungeschert gezeigt haben — daß ihnen die Wälder nichts schrecken konnten, wußte er schiedlich. Das Schlimmste aber war: einen ungeschulten Leibesstich über ihre Schultern zu bekommen, und das konnte nur dadurch geschehen, daß sie in Sicht der Kanoe kamen. Die Insel war auch gar nicht so groß, um das nicht leicht zu bewerkeltigen, und der Kapitän, der auf die Nordspitze zugehört hatte, anderte plötzlich seinen Kurs, hielt wieder vom Meer etwas ab und rückte nach, keine Distanz vom Land auf ungefähr handbreite Schritte haltend, um das kleine Einlad heraus zur Verfertigung, wo er allerdings einen ganzen Trupp nachher schwarzer Gesellen überreichte, die nicht schnell genug den letzten Haug hinaufkommen konnten und sich nun, so gut es gehen mochte, hinter Korallenriffen und Steinen niederlegten.

Ausgesprochen die Schritte hier auch eine kleine Lücke von ein Kanoe, die nebeneinander auf dem Sand geparkt waren, und hörte an Mannschaften waren es immer jetzt ein letztes gewesen, die schwarzen Diabe festgehalten und zu zwingen. Aber sie hatten ihnen nicht das einzige Mittel, sich zu entfernen, selber abhauen, denn an Zahl waren sie ihnen doch zu weit überlegen und das Schlimmste von allem, nur wenige der Seeleute wußten wirklich mit Feuerwaffen umzugehen, und verstanden besonders nicht, ein einmal abgeschossenes Gewehr auch rasch und ruhig wieder zu laden.

Der Kapitän befiel aber indessen seinen Kurs bei; er wußte jetzt genau, daß er es mit einer verräterischen Bande zu tun hatte, und war nicht gewillt, dieser auch nur den geringsten Vorteil über sich einzuräumen. Das Boot gißt dabei, immer noch in der sicheren Entfernung, um die Insel herum der Südspitze zu, wo sie die wieder überraschten, die vorher an der Höhle Posto gefaßt hatten.

„Sind die Gewehre alle geladen?“ fragte er ruhig.

„Ja, Sir“, jagte der Steuermann.

„Setz frühe Jüdhütchen auf; die alten könnten die Nacht über ruhig geworden sein.“

Das geschah lautlos.

„Wollen wir hier landen, Kapitän?“ fragte der Steuermann; „ich glaube, es wäre besser, wenn wir das so dicht als möglich bei der Höhle täten.“

„Sie haben recht, Mr. Brown“, rief ihm sein Vorgesetzter zu, „wir müssen ihnen Gelegenheit zur Flucht geben, sonst wüßten sie sich um ihr Leben — alle Insel, was ist das da oben?“ Er deutete zugleich mit dem Arm hinaus, und seine Worte erklangen dort auf einer eben in Sicht kommenden felsigen Höhe eine allerdings wunderliche Gestalt, die sich von den übrigen wesentlich unterschied.

Alle anderen Schwarzen waren vollkommen nackt und trugen nicht einmal, wie doch die meisten wilden Stämme, einen Schurz um die Lenden. Der da oben aber — oder war es ein Frauenzimmer? hatte einen weißen, mehenden Talar an, der in der Sonne glitzerte und bis über die Kniee hinabreichte; nur die Arme schauten nackt daraus hervor. Dort wo er stand, als man ihn zuerst entdeckte, war er auch durch den höheren und mit Büschen bewachsenen Hügelgründen gegen den jetzt wieder frischer wehenden Wind geschützt gewesen. Nun aber, als er sich bemerkte sah, sprang er die wenigen Schritte hinaus und stand im nächsten Augenblick in der Brille, und das Zeug, was er anhatte, knitterte und knatterte dabei.

„Gott straf mich, das ist Papier!“ rief der Steuermann aus, und in demselben Augenblick riß sich ein Stück der Kleidung los und flatterte, ehe es der danach greifende Wilde ergreifen konnte, aus in See, nach dem Boot hinüber, von dem es nicht weit entfernt auf dem Wasser fiel.

Es war in der Tat ein Bogen weißes Schreibpapier, und jetzt ließ Zweifel mehr, daß die Eingeborenen dort oben die

Postoffice gefunden und geplündert hatten; welche Verwendung sie für das Papier fanden, zeigte sich dabei. Die Umfahrt um die Insel hatte den Seeleuten die Versicherung gegeben, daß sie es hier mit einer großen Anzahl gutbewaffneter Schwarzen zu tun bekämen, und wären sie nur wenigstens mit Wasser versorgt gewesen, so würde der Kapitän kaum daran gedacht haben, einen so ungleichen Kampf zu wagen. Sie mußten sogar jedes Handgemenge auf festem Land vermeiden, blieben sie doch immer noch der Gefahr ausgesetzt, daß die Wälder, erst einmal gereizt und zur Rache angetrieben, vielleicht sogar mit ihren Kanoes einen ver zweifeltten Angriff auf ihr Boot machten.

Aber was blieb ihnen anderes übrig? Zurück gegen Wind und Strömung nach Mount Adolphus konnten sie nicht wieder, noch dazu, daß sie im Innern jener Insel vielleicht gerade so gut auf Eingeborene trafen und dann erst recht, bei Teilung der Mannschaft, ihr Boot und sich selber in Gefahr brachten; Wasser aber mußten sie haben, und das war hier noch zu bekommen, dort draußen im Westen lag dagegen eine weite See vor ihnen, die sie ohne dies nötige Lebensbedürfnis nicht durchschiffen konnten, also blieb ihnen schon nichts weiter übrig, als sich ihren Weg zu erzwingen, im schlimmsten Fall mit Waffengewalt, und wenn die Schwarzen dabei zu Schaden kamen, hatten sie es sich selber zuzuschreiben.

Das Boot umruderte indessen das Südwestende der Insel und näherte sich der Südspitze, wo, wie der Kapitän von anderen Kollegen erfahren, die Höhle liegen sollte. Dort standen auch immer noch Eingeborene und winkten wieder, als das Boot in Sicht kam, mit den abgebrochenen Büschen.

Wenn wir's nun einmal versuchen, Kapitän“, sagte da der Steuermann, „ob sie uns im Guten in die Höhle ließen? Der Eingang muß dicht am Wasser sein, und wir könnten ihn mit unseren Musketen recht gut frei halten.“

„Ich will Ihnen etwas sagen, Mr. Brown“, meinte aber der Kapitän; „die Möglichkeit ist allerdings da, daß wir hinein kommen, aber schwerlich wieder heraus, denn die Kanonen spielen da drin Verstecken. Auf Freundschaft ist mit ihnen nicht zu rechnen, und ich will die Verantwortlichkeit nicht auf mich laden, auch nur zwei von euch an ein Experiment gewagt zu haben. Halten Sie Ihre Gewehre bereit; wissen die Leute, welche sie halten, auch ordentlich mit denselben umzugehen?“

„Die meisten, Sir — mit einer Pistole verstehen sie es besser.“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im Sattlergewerbe. Die Militärsattler der Firma Fr. Böttcher in Eisleben haben auf dem Wege der Verhandlung ohne Arbeitsunterbrechung eine erfolgreiche Lohnbewegung in bezug auf Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 54 Wochenstunden, und Anerkennung des Berliner Sattler-Tarifs durchgeführt. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. und Lohnzuschlag für Überarbeit von 8 Pfg. für die erste, 10 Pfg. für die zweite und 20 Pfg. für die dritte Überarbeit und für Sonntagsarbeit. Mit der Sattlerinnung in Eisleben schweben zurzeit Verhandlungen zwecks Anerkennung des Berliner Tarifs. Einige Lohnzulagen sind bereits bewilligt, jedoch sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Seit dem 24. Oktober befinden sich die Militärsattler der Firma Thiele in Magdeburg im Streik, weil die Inhaber sich weigern, den Berliner Tarif und Mehrzahlung der Überstunden zu bewilligen. Eine Erhöhung von 15 Pfg. pro Tornister ist so ungenügend, daß damit die Berliner Preise noch lange nicht erreicht sind, wozu noch kommt, daß die Gesellen Fäden und Wachs sich selbst halten müssen. Die Firma hat Arbeiter entlassen und die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert. — Der Streik in der Treibriemenfabrik von Scharke in Köthendorf dauert unverändert fort. Während die meisten der Streikenden bereits abgereist sind, gelingt es der Firma nicht, Arbeitswillige zu bekommen.

Vom Kampf der Papierwarenarbeiter in Aschersleben sind erbauliche Sachen zu melden. Jetzt haben die „Abbes von Aschersleben“, wie sich früher die Kommerzienräte Westehorn gern nennen hörten, sogar einen Einhaltsbefehl gegen den Buchbinderverband erwirkt, um ihn zu hindern, der Kundschaft der Firma Westehorn Mitteilung über die hygienischen Verhältnisse zu machen, unter denen die Papierwaren hergestellt werden. Ja, die Firma kennt die Gesetze genau, wenn es sich um Schädigungen ihrer selbst handelt, aber wenn arme, durch die Heimarbeit um ihre Jugend betrogene Kinder in Betracht kommen, dann scheint diese Gesetzeskenntnis zu versagen, trotz der „Abteilung für Rechtsachen“, die die Firma ihr eigen nennt. In einer Familie wurde festgestellt, daß die vier Kinder Prügel bekommen, wenn sie bei den Westehornischen Heimarbeiten nachts um 11 Uhr einschlafen; eine Heimarbeiterin rühmte sich, daß ihre neunjährige Tochter pro Tag 1500 und die elfjährige sogar 2000 Düten klebt. Morgens um 4 und abends um 11 Uhr konnte man die armen, nordüstig blickenden Kinder am Tische Düten kleben sehen. In der Schule klagte tränenden Auges ein vom Schlafe übermühtes Mädchen, daß es bis abends 11 Uhr Düten kleben müsse. Diese Übertretungen des Kinderschutzgesetzes dürften auch der Firma nicht unbekannt sein. Der Reichsgewerbeordnung zuwider sieht man Kinder unter 13 Jahren schwer beladen Heimarbeiten aus der Westehornischen Fabrik abholen und wieder hinführen, sieht man jugendliche Arbeiterinnen nach zehntägiger Arbeit im Betriebe noch Heimarbeit mit nach Hause schleppen. Von solcher Kinderausbeutung, von solchen Gesetzesübertretungen hören und sehen anscheinend weder die „sozial einflussreichen“ Kommerzienräte Westehorn noch die Behörden und Gerichte etwas, desto mehr muß die Öffentlichkeit davon unterrichtet werden, muß diese sich anschicken, auf die Kundschaft der Ascherslebener Papierwarenfabrikanten einen Druck auszuüben, daß sie nicht unter solchen ungesunden und unhygienischen Zuständen hergestellte Papierwaren verwendet. In den Behausungen der Ascherslebener Papierwarenarbeiter sieht es vielfach schäuderhaft aus und die Verbraucher von Lebensmitteln, von Tee, Kaffee, Schokolade, Zigarren und Zigaretten würden sich höchstens bedanken für die Verpackung, die in elenden, als Arbeitsraum, Schlafzimmer, Küche und Wohnraum zugleich benutzten Wohnungen hergestellt werden. Die Gerichte und Behörden sehen, wie gesagt, von solchen Zuständen nichts, sie haben genug mit der Verfolgung und Verurteilung der um besseren Lohn kämpfenden Papierwarenarbeiter zu tun, sie haben den Westehorns Einhaltsbefehle gegen die Streikenden und Ausgesperrten und deren Organisation, den Buchbinderverband, zu liefern. Es kann daher nur immer der Ruf an die öffentliche Meinung wiederholt werden: Helft den Papierwarenarbeitern Ascherslebens durch den Druck auf die millionenschweren Westehorns!

Das zweifelhafte Recht in der Angestelltenversicherung. Der Direktor der Zeiger Eisengießerei und Maschinenbau A.-G. hatte zwei bei der Gesellschaft angestellte Ingenieure, die für die Vertrauensmännerwahlen der Angestelltenversicherung als Kandidaten aufgestellt waren, aufgefordert, zurückzutreten. Die beiden Ingenieure wandten sich daraufhin in einer Beschwerde an den Reichskanzler, in der sie um Mitteilung des Standpunktes der Regierung baten. Daraufhin ging ihnen vom Reichsamt des Innern eine Antwort zu, in der folgendes ausgeführt wurde: „Zum Schutze der Versicherten in der Ausübung von Ehrenämtern in der Angestelltenversicherung dienen die Paragraphen 345 und 346 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, die Beschwerdeführer werden demnach auf Grund dieser Paragraphen auf den Klageweg verwiesen. Das geht selbst der Rheinisch-westfälischen Zeitung“, dem Organ der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, zu weit, die hierzu bemerkt: „Es geht aus dieser Entscheidung hervor, daß die Regierung sich für außerstande hält, in solchen Fällen direkt einzugreifen und daß den davon Betroffenen nichts übrig bleibt, als auf dem Klagewege den Schutz für die Ausübung von Ehrenämtern in der Angestelltenversicherung zu erstreiten.“

Tarifbrüchige Bauunternehmer. In Braunschweig hatte der Bauarbeiterverband einen Arbeitsnachweis eingerichtet, der ihm nur Kampfmittel ist. Die Bauarbeiter werden bei der Umfrage auf den Bauten zur Arbeit angenommen, werden aber dann noch gezwungen, sich von dem sogenannten Arbeitsnachweisbureau der Bauunternehmer einen Schein zu holen, den sie dem Polier auf dem Bau abzugeben haben, und erst dann dürfen sie arbeiten. Arbeit wird den Arbeitern durch das Bureau der Unternehmer also nicht vermittelt. Der Arbeitsnachweis ist vielmehr lediglich ein Kontrollbureau für mißliebige und für aus Streik- und Aussperrungsarten zureisende Bauarbeiter. Diesen Arbeitern wird, selbst wenn sie Arbeit gefunden haben, kein Schein ausgestellt, sie sind daher von der Arbeit ausgeschlossen. Der Arbeitsnachweis der Bauunternehmer ist daher nur unter dem Namen Maßregelungsbureau bekannt. Die Zimmerer wollten sich diese Befähigung durch das Bureau nicht mehr gefallen lassen und verhängten im Frühjahr d. Js. die Sperre über den Nachweis, welches Recht ihnen nach den bestehenden Tarifbestimmungen durchaus zustand. Den Unternehmern machte sich diese Sperre recht unangenehm bemerkbar und sie glauben jetzt, diese beseitigen zu können. Sie haben den Beschluß gefaßt, ihren Arbeitsnachweis so lange für das ganze Bauhandwerk zu sperren, bis die Zimmerer ihre Sperre aufgehoben haben. Das ist ein offenkundiger und beabsichtigter Tarifbruch. Denn der Beschluß bedeutet nichts anderes, als die Aussperrung aller Maurer, Dachdecker und Bauarbeiter, die auf irgend eine Weise bereits arbeitslos geworden sind. Der Bauarbeiterverband hatte bereits vor längerer Zeit dem Bauunternehmerverband seine Vermittlung angeboten. Das Angebot wurde gar nicht

beachtet. Jetzt hat der Unternehmerverband zum Schein diese Verhandlung angenommen. Er verlangt von den Bauarbeitern, daß sie die Zimmerer zwingen sollen, die Sperre des Maßregelungsbureaus aufzuheben, was die Bauarbeiter ablehnten. So geht die Fehde weiter. Das Schiedsgericht des Tarifamts wird zwar die Unternehmerorganisation als tarifbrüchig verurteilen, allein daran lehnte sich der Braunschweiger Bauarbeiterverband nicht, denn er will den Tarifbruch.

Kommunales.

Ultramontan-nationalliberale Wahlbündnisse. Die kommunalen Wahlkompromisse zwischen Zentrum und Nationalliberalen, die, wie bereits gemeldet, ausdrücklich unter dem Gesichtswinkel abgeschlossen werden, ein weiteres Vordringen der Sozialdemokratie abzuwehren und die Sozialdemokraten aus den Stadtverordnetenkollegien fernzuhalten, oder, wo sie schon Mandate besitzen, die Vermehrung sozialdemokratischer Mandate zu verhindern, nehmen einen immer wachsenden Umfang an. Außer von den in Essen und Bochum, sowie Mülheim am Rhein abgeschlossenen Abkommen weiß die „Kölnische Zeitung“ von einem solchen Abkommen zwischen Zentrum und Nationalliberalen in Gelsenkirchen zu berichten, wo es zwischen den beiden Parteien für die beiden Wahlbezirke Alt- und Neustadt zustande gekommen ist, während in anderen Stadtteilen wie Gelsenkirchen-Schalke und Gelsenkirchen-Bismarck um die drei Mandate in der dritten Abteilung gekämpft werden muß. Man wird also das schöne Schauspiel erleben, daß die beiden würdigen Brüder in zührender Treue sich an dem einen Ort in den Armen liegen, während sie eine Viertelstunde weiter als größte Feinde sich in die Haare geraten. — Diese Abkommen in den drei großen Industriestädten, so stellt das rheinische Blatt der Nationalliberalen mit Genugtuung fest, scheinen auch für kleinere Städte vorbildlich zu werden. So haben auch in der Industriestadt Hilden bei Düsseldorf Zentrum und Nationalliberale ein Kompromiß für die Stadtverordnetenwahlen in der 2. und 3. Abteilung unter Wahrung des Bestandes geschlossen, lediglich zu dem Zweck, um eine Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhindern. Die „Kölnische Zeitung“ prophezeit schon ganz heiter: Diese neuen Kompromisse zwischen Nationalliberalen und Zentrum in diesen Bezirken dürften gewiß nicht ohne Bedeutung für den Verlauf der bevorstehenden Landtagswahl im Industriebezirk sein. Sie muß aber wenige Zeilen weiter zugeben, daß die Bochumer Zentrumspartei, die dann über elf Mandate im Stadtverordnetenkollegium verfügen wird, die nationalliberale Partei wissen lasse, daß sie für die späteren Jahre sich keineswegs mit den elf Mandaten begnügen werde, denn diese Zahl entspreche nicht der Größe der Bochumer Zentrumspartei und der von ihr vertretenen Bevölkerung. — Danach scheinen die besten Anzeichen vorhanden zu sein, daß beim Teufel der Beute die schon gepflegte Einigkeit wieder in die Brüche geht, und so düstere tragisch erscheinen, ob der künstliche Kitt bis zu den Landtagswahlen standhält.

Gemeindevahlerfolge. In dem Kurort Ruppertsheim in im Taunus waren die letzten Gemeindevahlen vom Kreisaußschuß für ungültig erklärt worden. Bei der jetzt vorgenommenen Ersatzwahl gelang es unseren Genossen, zu den bisherigen Mandaten noch eins in der dritten Klasse und zwei in der zweiten Klasse zu erobern. Die Sozialdemokraten haben damit die Mehrheit in der Gemeindevotation.

Aus Nah und Fern.

Wallot-Fest im Reichstag. Zum Gedächtnis des Schöpfers des Reichstagsgebäudes, des unlängst in Dresden verstorbenen Baurats Wallot, fand am Sonntag im Reichstag eine einfache, aber würdige Feier statt. Veranstalter waren eine Reihe Architektvereine, die auch die Mitglieder des Reichstags eingeladen hatten. Die feierlich dekorierte Kuppelhalle des Reichstags, in der ein Standbild des Verstorbenen alles überragte, vermehrte die Zahl der Erscheinenden nicht zu lassen. In seiner Begrüßungsrede gedachte Geheimrat Dr. Hinkeldey der Werke Wallots, während Professor Dr. v. Tiersch-München den Verdienst Wallots schätzte. Auswärtige Vertreter hielten dann noch kurze Ansprachen. Eingeleitet und beendet wurde die Feier durch Gesangsvorträge des Berliner Lehrervereins. — Der Reichstag behält sich, wie wir hören, noch eine besondere Ehrung des Verstorbenen vor.

Die Entführung eines siebenjährigen Mädchens macht der Berliner Kriminalpolizei zu schaffen. Es handelt sich um die Tochter des Kellners Jansch. Die Mutter erkrankte nach der Geburt des Kindes so schwer, daß sich der Gatte genötigt sah, die Kleine in Pflege zu geben. Die Pflegefrau behielt das Mädchen bis zum August und wollte lange von der Rückgabe des Kindes nichts wissen. Letzteres wurde in die Schule gebracht und ist wahrscheinlich auf dem Wege von oder zur Schule von der Pflegemutter entführt worden.

Mann und Frau erstickt. Gestern morgen brach in Neujahrswasser bei Danzig ein Dachstuhlbrand aus, bei dem Schiffskapitän Mau und dessen Frau erstickten.

Erwischter Messerstecher. Der Bäckergehilfe Reitelstroh, der am 17. Oktober der Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht zugeführt worden war, 3 Frauen am 17. August im Rauenher Wozortszug durch Messerstiche verletzt zu haben, hat ein volles Geständnis abgelegt.

Eine volksfeindliche Regierung. Die heftige Regierung hat wieder einmal die volksfeindliche Maske gelüftet; dem Reallehrer G. Kasper in Gerriesheim wurde von den Schulgewaltigen in Darmstadt verboten, vor Arbeitern drei Experimentalvorträge zu halten. Es handelte sich um Vorträge über Physik, die im Arbeiterbildungsbereich gehalten werden sollten. Unser Offenbacher Parteiblatt gibt mit Recht diese Verordnung der Lächerlichkeit preis und schreibt, daß sich das „freie“ Hessen auch diesmal wieder vor aller Kulturwelt blamiert und lächerlich gemacht hat. Die „Frankfurter Volksstimme“ weist nun auf die ernste Seite dieses Falles hin, indem sie bemerkt: Wie oft hören wir die Genossen der kleinen Bundesstaaten von den „ganz besonderen Verhältnissen“ reden; die Vertrauenslosigkeit gegenüber einzelnen Männern der Regierung und der Gesamtregierung geht sehr oft zu weit. Der grundsätzliche Kampf läßt vielfach zu wünschen übrig; Beweise hierfür können wir uns sparen. In der Beurteilung dieser kindischen Verordnung im Falle Kasper gehen wir mit dem „Offenbacher Abendblatt“ einig, möchten aber doch die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, unsern Genossen in der heftigen Landtagsfraktion die Bewilligung der 15 000 Mark ins Gedächtnis zurückzurufen. Die neuesten Maßnahmen der heftigen Regierung beweisen doch deutlich, daß man auf das Vertrauen der sozialdemokratischen Abgeordneten pfeift, daß gar nicht daran gedacht wird, den Wünschen der Arbeiterpartei nur in geringem Maße Rechnung zu tragen. Nach all diesem muß es doch sonderbar herühren, wenn sozialdemokratische Abgeordnete im Landtage 15 000 Mk. für Jugendpflege bewilligen, trotzdem der Minister des Innern vor der Abstimmung erklärte, daß nur diejenigen Bestrebungen aus Staat-

lichen Mitteln unterstützt werden sollen. Die auf Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stehen und die, soweit sie sich nützlich mit der Körperpflege beschäftigen, doch auch die Pflege der Vaterlandsliebe auf ihre Fahnen geschrieben haben. Daß solche Worte scharf zurückgewiesen werden müssen, daß man da nicht von der „Eigenart des Herrn Ministers“ reden darf, ist selbstverständlich. Es sind auch keine reaktionären Nabelstiche mehr, wenn ein Ministerium einem Reallehrer verbietet, im Arbeiterbildungsbereich drei Abende Physik zu lehren. Dieser Fall zeigt, daß die heftige Regierung reaktionär bis auf die Knochen ist. So notwendig im allgemeinen das einmütige Auftreten einer Fraktion ist, so hätte doch kein einziger Genosse — außerhalb der Landtagsfraktion — etwas dagegen gehabt, wenn die Mehrzahl der Fraktionsgenossen gegen die Bewilligung der 15 000 Mk. gestimmt hätte. Es lag kein Grund vor, nachdem der Minister v. Homberg den Standpunkt der Regierung klargestellt hatte, für diesen Posten zu stimmen, da auch die heftigen Fraktionsgenossen gar nicht beabsichtigt haben, auf die Bourgeoisie mit dieser Bewilligung einen guten Eindruck zu machen; denn auch in Hessen sind die bürgerlichen Parteien über den alten reaktionären Kamin gefahren. Kurzum, der Fall Kasper zeigt, daß die Arbeitersteuerzahler in Hessen minderen Rechts sind; die Regierung hat unterlag, daß der Arbeiterpartei Wissen und Bildung zugänglich gemacht werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament werden daher wohl die erste Gelegenheit wahrnehmen, gegen das Vorgehen der Regierung energisch zu protestieren, um damit in aller Öffentlichkeit zu dokumentieren, wie lächerlich sich das heftige Ministerium in der gesamten Kulturwelt gemacht hat. Die Nutzenwendung werden unsere heftigen Genossen zu ziehen wissen.

Wen trifft die Schuld? Ein geheimnisvoller Todesfall hat sich am letzten Montag in einer Karlsruher Volksschule, der Leopoldschule, ereignet. Ein 13jähriger Schüler namens Küffel bekam am Sonnabend vorher wegen Unfeiliges in der Religionsstunde 2 Stunden Arrest diktiert, die er nachmittags abhiß. Der Knabe fand sich aber nicht ein und wurde deswegen auf Anordnung des Lehrers am Montag nachmittags 5 Uhr nach dem Turnunterricht durch die Frau des Schuldieners in den Arrest verbracht. Als der Schuldieners ¼ Stunde später nach dem Arrestanten sah, fand er diesen über den Tisch gebeugt vor, nur noch schwache Lebenszeichen gebend. Er bespritzte ihn mit Wasser und trug ihn, als dies nichts half, auf seinen Armen in das nahe Diakonissenhaus, wo der Knabe, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verschied. Professor Rupp hat eine chemisch-mikroskopische Untersuchung vorgenommen, die ergeben hat, daß der Tod des Knaben durch Kohlenoxydgasvergiftung hervorgerufen worden ist.

Schrecklicher Unglücksfall. In dem lothringischen Orte Kucuttungen wurden am Sonnabend sieben bei einem Hochofen auf der Friedenschütte beschäftigte Arbeiter von flüssigem Eisen übergoßen. Sechs von ihnen erlitten so schwere Brandwunden, daß bei ihnen der Tod auf der Stelle eintrat; der siebente wurde lebensgefährlich verletzt.

Wie gebaut wird. Bei dem Neubau des städtischen Theater- und Konzerthauses in Dorotheastraße stürzte eine Mauer ein und tötete drei Arbeiter; einer wurde schwer verletzt.

Die Schiffsahrt auf dem Ladoga-Kanal (Rußland) ist geschlossen worden.

Genossenschaftsbewegung.

Konsumvereine und Sozialdemokraten. Seit es in Deutschland eine selbständige, vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine repräsentierte Konsumvereinsbewegung gibt, sucht die organisierte Arbeiterschaft nach und nach auch in den Konsumvereinen Einfluß zu gewinnen, die nach unter bürgerlichem Einfluß stehen, d. h., deren Verwaltungsmittelglieder bürgerliche Herren sind, die den Aufsichtsrat und Vorstand ängstlich vor dem Eindringen von Sozialdemokraten zu behüten suchen. So war es auch in Ulm. Bei den Wahlen zur Verwaltung hatte sich einer unserer Parteigenossen besonders darum bemüht, „den Verein unter die Leitung von Sozialdemokraten zu bringen“, wie die Verwaltung sich ausdrückte. Sie ging soweit, unseren Genossen wegen dieser „Bestrebungen“ aus der Genossenschaft auszuschließen, der dagegen Zivilklage beim Landgericht erhob. Das Gericht gab dem Kläger recht und entschied, daß er zu unrecht ausgeschlossen sei. In der sehr klaren Begründung des Urteils wird gesagt: „Es ist als erwiejen anzusehen, daß der Kläger Bestrebungen unterstützt hat, welche darauf abzielten, den Verein unter die Leitung von Sozialdemokraten zu bringen. Dagegen konnte nicht als erwiesen erachtet werden, daß der Kläger durch die Handlungen, mit denen er jene Abtätigkeit betätigt hat, gegen die Interessen des Beklagten Vereins verstoßen hat. Daß nur Männer von bestimmter politischer Gesinnung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden, kann, obwohl der Verein ein rein wirtschaftlicher ist, nicht als den Interessen desselben zuwiderlaufend angesehen werden, solange hierdurch nicht die Auswahl tüchtiger, für ihr Amt befähigter Männer in Frage gestellt wird. Daß die Befähigung der auf Betreiben des Klägers gewählten Männer eine ungenügende sei, wird vom Beklagten nicht behauptet. Es fehlt hiernach an genügender Beweis dafür, daß der Kläger die Wahl der fraglichen vier Männer in der Absicht betrieben hat, der sozialdemokratischen Partei Einfluß auf die Vereinsangelegenheiten zu verschaffen.“ Das Oberlandesgericht als Berufungsgericht erkannte fühllos weigend die materiellen Gründe des Urteils an; hob es aber doch aus formellen Gründen auf, weil Kläger nicht mit einer Beschwerde an die Generalversammlung gegangen war.

Standesamtliche Nachrichten

vom 20. bis 26. Oktober 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

- 14. Zollausseher H. A. G. Köhn. 16. Maschinenschlosser J. F. W. Wilms. 17. Kaufmann H. W. C. Richter. Arbeiter W. H. Henken (Reimpelsdorf). Wirt W. F. G. Madauß. 18. Expedient F. W. Deeg. Arbeiter A. F. W. Althöfer (Trens). Schiffbauer C. L. Sübenbecker. 19. Schneider A. R. Hempel. Spezialist für Fußpflege A. A. Th. Ruge. Heizer J. G. Beutner. Schmied J. D. R. Schoomann. 20. Bäckermeister M. J. R. L. Schlüter. Musiker W. G. Richter. Schiffskapitän C. F. F. Stoll. Arbeiter F. W. Krüger. 21. Stanger C. M. Ch. Kleinfeld. 22. Arbeiter J. F. F. Buch. 23. Arbeiter G. F. D. Duda. Rechtsanwält Dr. jur. Paul Brehmer. 24. Landwirt W. Behr (Ahrader Hof).

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

- 8. Oktober. Maurer R. L. G. Groth. 11. Zimmermann H. W. B. Galt. 14. Maschinenfabrikant G. W. A. Wehling. Kutcher W. F. G. Lorenz. Kutcher F. G. Sch. Mend. 16. Schlächtermeister D. G. Koll. 18. Lagermeister

A. G. Borgfeldt, Straßenbahnschaffner W. J. G. B. Johannisson, 19. Zimmermann G. J. F. Könnau, 20. Arbeiter G. G. F. Giefenberg (Rönthof), Schlossermeister G. A. G. Boss, Gärtner F. G. Ch. Junge, 21. Landmann W. M. Meyer (Krempelsdorf), Schugmann G. W. F. Hartwich, 22. Arbeiter G. G. F. Receptor, Leichenbestatter R. G. F. Schmidt, Schlosser F. Ch. G. Stein, Straßenbahnschaffner D. G. W. Wegner, Bureauvorsteher F. W. Simm, 23. Arbeiter W. G. G. Goldschmidt, Schriftföher G. J. G. Kugleb, Dreher G. E. W. Marburg, Malermeister D. J. G. G. Schmidt, Briefträger W. J. G. Seme, Arbeiter J. G. F. Jäger (Vorwerk), 24. Arbeiter J. G. W. Ventien, Kesselschmied G. F. A. Langfeldt.

Ungeordnete Aufgebote.

21. Oktober. Postschaffner R. J. F. Chr Schröder und G. Bloes, Arbeiter R. G. H. Cruel und W. Wolski, Heizung-Monteur St. Kozłowski in Kiel und St. Janit in Gießen, Werkführer J. Nowacki und Th. Gieselska in Dublin, 22. Tapezier R. H. G. Göllig und M. D. Westphal in Jarpen, Halbhufter D. G. Albers in Jarpen und M. G. H. Hübner in Heilschoop, Arbeiter W. J. G. Mitt und G. H. G. Busch, beide in Hamburg, Maurergeselle M. G. Freiberger und M. G. Schlichting in Hordorf, Maler R. J. G. F. Plog und D. W. G. Parbs, beide in Grevesmühlen, Arbeiter R. F. W. Kremer und F. D. A. G. Wäber, Chauffeur A. R. W. R. Sternberg und A. R. F. Chr. W. B. Stelmann in Ribnik, 24. Postschaffner G. J. F. P. Warnemünde und G. S. M. Kreyer in Niendorf im Lübeckischen, Postsekretär G. D. Ruß in Frankfurt am Main und G. W. M. Meyer in Schwartau, Kunstgärtner G. R. L. Loig und G. F. A. Hamann in Utecht, Lohnbuchhalter R. O. G. Wende in Rükeln und G. M. M. Heise, Wächter bei der Wach- und Schließgesellschaft R. F. G. Schwabe und B. M. L. Gassfeldt, 24. Malergeselle

G. H. F. Wiende und R. F. Stubenroth, 25. Former W. K. L. Koesling und B. G. W. Wiese, Arbeiter F. J. Wooten und Witwe M. M. D. Woyt geb. Prose, Gärtner Chr. R. G. Wiese und Ch. L. W. Meyer, Arbeiter F. L. F. Wöbs und M. G. D. Kröppelin in Seimsdorf, Bureauvorsteher J. G. G. Fröhberg in Kopenhagen und M. R. A. Klinkradt, Kutscher W. R. F. Lippold in Bremen und A. Schnaars in Moorende, Fabrikarbeiter F. Orzina und W. Dentschel, beide in Blumenthal, Arbeiter F. R. W. Schröder in Loiz und F. A. M. Jarmer in Warlow, Arbeiter A. Gilmeister und F. Grabowski, beide in Stuhmsdorf, 26. Installateur F. A. R. Tünnermann in Oldesloe und M. S. Markmann in Pansdorf, Arbeiter G. H. G. Schmidt und A. M. Geerg,

Eheschließungen.

22. Oktober. Lagerverwalter W. M. M. R. Garb in Kiel und B. J. L. M. Ritter, 23. Güterbodenarbeiter J. J. F. W. Schröder in Hamburg und G. M. S. Schnauer, Werkmeister R. B. B. Bohnack und M. D. G. G. Grader, 24. Bäckermeister F. A. Schröder und G. M. Chr. Wonsse, Musiker G. L. Campostrini und L. A. R. Möller, 25. Sergeant J. P. S. Grünmayer in Rendsburg und R. Gurth, Maurergeselle G. J. J. Heibey in Schlutup und M. W. G. M. Pfening in Schönböden, Straßenbahnwagenführer R. W. Reimers und G. D. W. Davids, Geschäftsführender R. W. F. Buchholz und F. A. M. Flottau, 26. Geschäftsführender R. G. J. Warncke und M. R. D. Wiegels, Geschäftsführer F. W. Kreuder und L. J. W. R. Feske, Sergeant W. Wandel und D. A. G. Arff, Arbeiter W. J. Lößler und L. M. S. Schuldt, Schlossergeselle F. R. M. Doyer und F. S. M. Geese in Dorf Strahlendorf, Arbeiter M. L. W. Lege und A. F. W. Wardfeldt, Schlossergeselle W. Chr. J. Kahlff und Witwe M. R. M. Bahr geb. Haack, Schuhmachersgelelle W. R. F. Brümann und R. D. F. Wöbler, Träger A. F. W. Bruse und M. S. G. Reuter.

Schneidergeselle G. M. J. F. Schott und J. Biesberg, Hufschmied W. G. A. Hilberandt und D. A. M. Ahrens.

Storbefälle.

19. Oktober. Arbeiter J. J. Chr. Karbar, 58 J. M. C. D. geb. Burmeister, Witwe des Arbeiters B. G. Ahrens, 49 J. 20. M. geb. Boss, Ehefrau des Lehrers a. D. W. Schmidt, 66 J. (Güstrow), A. W. L. F. Konert, 1 J. 27. M. R. B. L. Lewandowski, 15 Tage, königlicher Postmeister a. D. R. S. Rudolph, 75 J. D. M. Zimmermann, 9 Mt. Tischlermeister A. W. G. Schneider, 48 J. Jungmann A. Marinen, 22 J. 22. G. Groth, 14 Tage, Restaurateur G. D. Tamsen, 58 J. 23. M. D. geb. Broers, Ehefrau des Vorarbeiters M. D. Evermann, 53 J. J. G. D. geb. Art, Witwe des Kaufmanns J. F. Wignier, 81 J. (Düsterburg), W. D. G. Görg, 5 Mt. R. A. Singelmann, 8 Mt. Schiffszimmermann A. G. C. Wiesch, 48 J. 24. G. geb. Gossel, Witwe des Privatmannes G. C. Vaudouin, 82 J. Ein Knabe, 3 Stunden, B.: Landwirt W. Behr (Krauberhof), Chr. F. geb. Lehmburg, geschiedene Leimner, Ehefrau des Schlossers A. J. J. Mätk, 61 J. Träger G. H. Meyer, 68 J. 25. M. J. geb. Wöbler, Witwe des Arbeiters W. J. Schuldt, 75 J. Privatmann Chr. F. C. Siggelkow, 90 J. W. G. G. Weidert, 4 Mt. 26. Ein rotgeb. Knabe, B.: Kesselschmied G. F. A. Loding.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Komitee- und Kommissionssitzungen

Transportarbeiterverband
Festkomitee-Sitzung
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

D. T. V.
Vorstands-Sitzung
Mittwoch abend 8 1/2 Uhr.

Für die freundlichen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen herzlichen Dank.
4537) **H. Roof und Frau.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu meinem Jubiläum sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere meinem Meister, meinen Kollegen und Kolleginnen des Fremder Eisenwerks, meinen innigsten Dank.
(4531) **Joh. Möller, Fischerggr. 44/10.**

Danksagung.

Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere dem Arbeiterverband, sowie Herr Pastor Degtmeyer für seine wohlwollenden Worte meinen herzlichsten Dank.
(4534) **Frau Bertha Blesath Ww.**

Wilde Kaninchen
empfiehlt **Fr. Holst,** (4540)
Reichhauerstraße 8.

Kaufhaus
Max Kankel
Schlutup.
Neu eingetroffen:

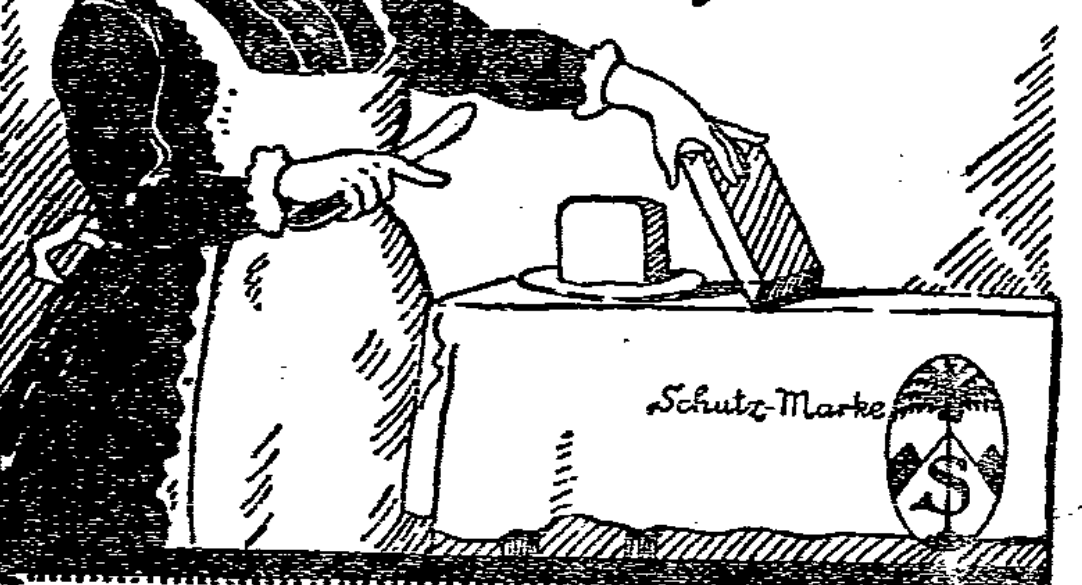
Winter-Joppen f. Herren v. 6-18 M.
Winter-Joppen f. Knaben v. 3.25-8 M.
Herren-Paletots in großer Auswahl von 15-35 M.
Moderne Uster 16.50 22.50 28.50
Herren-Anzüge
Hauptpreisliste 18-22, 29, 35 M.
Knaben-Anzüge in anormer Auswahl von 2.95-15 M.
Knaben-Paletots in blau Cheviot u. in engl. Geschmack von 4.25-12 M.
Schuhwaren **Schuhwaren**
noch zu alten billigen Preisen.
Herren-Stiefel 7.50 8.90 10.90 13.90
Damen-Stiefel 5.90 6.90 8.90 10.90
Kinderschuhe und warme Schuhe in besonders großer Auswahl zu enorm billig.

Hüte
wie unter Preis. (4539)
Minna Hertz, Beckergroße 50.

Verband der Hausangestellten.

Das Bureau befindet sich von jetzt an (4547)
Wahnstraße 58, I.
Sprechende Mittwochs u. Donnerstags von 5-7 Uhr.

Mein Mann hat einen schwachen Magen
Und kann nur bestes Fett vertragen!
Seit ich **Palmin** hab' eingeführt,
Er keinerlei Beschwerden spürt!
Und bei den hohen Butterpreisen
Möcht ich noch auf
Palmona weisen.
Die steht bei uns so
köstlich frisch
Statt Butter nur noch
auf dem Tisch!



H. Schlinck & Co. A.G. Hamburg.
Alleinige Produzenten von
Palmona & Palmin
Pflanzen-Butter-Margarine-Pflanzenfett.

Rheinperle Solo
Margarine, die Elite-Marken der Branche, ersetzen
feinste Butter
In Geschmack, Aroma und Bekömmlichkeit bester Butter gleich, aber wesentlich billiger. — Ueberall erhältlich.
Allein. Fabrik.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen, G.m.b.H., Goch (Rhin.)

Ludwig Puls
Restaurant Katharinenburg.

Donnerstag, den 31. Oktober:
Verschießen u. Ausspielen von Gänsen, Karpfen und Rauchfl.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Einfaß 50 Pfg.
Es ladet freundlichst ein (4546)
Ludwig Puls.
NB. Umständh. nicht Freitag, 1. Nov.

„Zum Großherzog von Mecklenburg“

Gr. Burgstraße 11.
Groß. Ausspielen u. fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfl.
— auf einem Ziehbillard —
am Mittwoch, d. 30. Okt. 1912
Anfang 10 Uhr vormittags.
Einfaß 50 Pfg.
Dierzu ladet freundlichst ein (4529)
Christian Wien.

Auspielen von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch

auf einem Ziehbillard
am Sonntag, dem 3. November.
Anfang 10 Uhr morgens.
Einfaß 50 Pfg.
Dierzu ladet freundlichst ein
Franz Lüth,
(4538) Karpfenstraße 21.

Hansa-!?!? 8 1/2 Uhr.

8 1/2 Uhr. **Theater!?!?**
Professor Rooberts, Hofzauberkünstler.
La Tatiana, Sport-Alt.
Die 5 Ramoneurs, Tanz-Transformation.
Kurt Speyer, Humorist u. Stimmungsmacher, sowie and. Neuheiten f. Lübeck. Vorzugskarten gültig.

Sonntag nachm. 4 Uhr: Große Fremden- u. Volksvorstellung.
Beginn d. Konzerts Sonntags 7 1/2.
Abends 11 Uhr:
Kabarett die ganze Nacht.
Eintritt frei. Eintritt frei. (4539) ??? Neue Typen!!!

Neues Stadttheater.

Mittwoch, den 30. Oktober.
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Der lustige Krieg.
Operette von Johann Strauß.
Donnerstag, den 31. Oktober:
38. Vorst. i. Voll-A. 7. B. i. Donst.-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Große Preise. (4533)
In Vorbereitung: **Autoliebchen.**
Bulleste Operette von Jean Gilbert.
Die Ausgabe der Abonnementskarten für die zweite Rate findet am Dienstag, dem 29. d. M., bis Sonntag, den 3. Nov., von 11 bis 2 Uhr, an der Theatertafel (Einfaß Beckergroße) statt.